

# Vorwärts

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit "Münchener Sonntags-  
 Beilage 'Die Neue Welt' 10 Pf. Von-  
 abonement: 1.10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7071.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntag, den 5. Oktober 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

#### Die Agrarier und die „wirtschaftlich Schwachen“.

Die Agrarier erdreisten sich, ihre Wucherpläne gar als „Schutz der wirtschaftlich Schwachen“ auszugeben. Der Brot- und Fleischwucher soll nicht etwa bloß den notleidenden Rittergutsbesitzern nützen, sondern den Kleinbauern und so- dann auch all denjenigen „erwerbenden Ständen“ in der Stadt, die an dem „Gedeihen der Landwirtschaft ein Interesse haben“. Das sind zunächst die Bäcker- und die Fleischermeister. Dieser „Mittelstand“ ist zu einem Teile denn auch wirklich für den Brot- und Fleischwucher eingetragene worden. Es giebt genug Junfsöhne, die sich damit beruhigen, daß diese Lebensmittelverteuerung eben auch nur von den Arbeitermassen getragen werde und daß, wenn die Tausende des Mehrprofits in den agrarischen Geldbeutel fließen, sicher auch ein paar Groschen für den Geldsack des „Mittelstandes“ übrig bleiben werden. Entsprechend dieser Auffassung wendet sich auch wieder das Organ der deutschen Fleischer-Zünfte, noch die von dem bekannten Berliner Bäcker-Obermeister Bernard herausgegebene „Bäcker-Zeitung“ gegen die Brot- und Fleischwucherer. Ja, die Agrarier haben sogar die Freude erlebt, daß der im vorigen Monat in Gotha stattgefundene deutsche Zunfttag unter der Führung des Obermeisters Bernard-Berlin alle von Einzel-Zünften eingebrachten Anträge betr. Stellungnahme zum Zolltarif ablehnte und es somit vermied, sich gegen den Brot- und Fleischwucher zu erklären, da er sich einmal nicht dafür erklären konnte. Für ihre die Brotwucherer unterstützende Haltung haben die Zünftler bisher denn auch in den Zünften die stärkste Stütze für ihre reaktionären Bestrebungen gehabt. Ginge es nach den Konservativen, so würde die Gesinde-Ordnung mit all ihren Annehmlichkeiten auf das gewerbliche Verhältnis zwischen Meister und Geselle übertragen; das bisherige deutsche Arbeiterschutz würde beseitigt, wie denn ja auch der Oberagrarier Dertel bei jeder Etatberatung des Reichsamts des Innern gegen die Wäckerordnung donnert und ihre Abschaffung verlangt, dafür aber die Wiedereinführung der Prügelstrafe unbrünstig empfiehlt. Desgleichen donnert sein würdiger Fraktionskollege Schneidermeister Jacobskötter gegen die „schränkenlose Gewerbefreiheit“ und verlangt die Einführung des Befähigungsnachweises. Diese Art des „Schutzes der wirtschaftlich Schwachen“ aber, wie ihn jetzt die Agrarier ange- blich auch mit dem beabsichtigten Brot- und Fleischwucher betreiben wollen, dürfte doch manche aus dem „Mittelstand“, die jetzt noch den Redensarten der Agrarblätter glauben, zum Denken bringen.

Wie Fleischer und Bäcker für die Erhöhung der Vieh- und Getreidezölle etwas übrig haben sollen, bleibt völlig unverständlich angesichts der Tatsache, daß sogar ein erheblicher Teil der Kleinbauern, trotz der tollsten Beeinträchtigungen seitens des Bundes der Landwirte, richtig er- kannt hat, daß dieser Vortrieb auf die Taschen des arbeitenden Volkes eben nur den Zünften nützt. So sind vorläufig aus den Kreisen der rheinischen Gemüsebauern die Proteststimmen laut geworden, die einen Rückgang ihres Absatzes befürchten, wenn die Getreide- und Fleischpreise steigen. Und das Gleiche wird ganz allgemein der Fall sein. Der kleine Bauer, der aus dem städtischen Wochenmarkt und unter den Arbeitern der nahen Fabrikstadt Absatz für seine Produkte findet, hat seine Existenz haupt- sächlich durch den Verkauf von Milch, Butter, Kartoffeln, Gemüse, Eiern, Geflügel, und erst dann durch den Verkauf von Vieh, Schweinen und Getreide. Müssen die Arbeiter mehr für Fleisch und Brot bezahlen, so sinkt der Umsatz des Bauern in seinen kleinen Handelsartikeln. Aus seiner Tasche muß er ebenso wie der Industriearbeiter die Millionen mit bezahlen, die der Rittergutsbesitzer am Brot- und Fleischwucher verdient.

Wenn dies schon die Kleinbauern einzusehen beginnen, so ist es völlig unverständlich, wie jene Zünftler des Fleischer- gewerbes, die jetzt aus alter reaktionärer Anhänglichkeit mit den Konservativen und den Zünften laufen, den Fleischermeistern den angeblichen Vorteil von der Erhöhung der Viehzölle nach- weisen wollen. Seit einer Reihe von Jahren beobachtet man im Fleischereigewerbe in den deutschen Großstädten eine kräftig fortschreitende Centralisation. In Städten wie Berlin ist, bis auf wenige Ausnahmen, der selbständige Fleischermeister „Ladenschlächter“ geworden, d. h. er ist Schlächter nur noch dem Namen nach, in Wirklichkeit ist er nur Fleischhändler. Selbst einen Teil der Wurstwaren bezieht er von der Fabrik und verwirft in seinem Betriebe nur aus Not-wendigkeit die Fleischreste. Der Fleischer kauft nicht mehr selbst sein Vieh. Er ist vollständig abhängig vom Großschlächter, der auf dem Viehhof vom Viehhändler das Schlachtvieh kauft, auf dem Schlachthof tötet und zerlegt und die Häften und Stücke in seiner Halle im Schlachthof oder am Alexanderplatz auslegt. Hier findet sich der Ladenschlächter ein und kauft, was ihm paßt. So ist dieser aber auch in eine drückende Abhängigkeit vom Großschlächter geraten, er braucht nur einen Monat nicht zahlen zu können, und der Großschlächter macht ihm die Bude zu. Die Lage der Ladenschlächter wird durch den agrarischen Vortrieb bedeutend verschlechtert werden und zwar gerade die Lage der Schlächter in den Arbeitervierteln. Geht der Viehhändler mit den Preisen in die Höhe, so wird auch

der Großschlächter dem Ladenschlächter mehr abverlangen. Der aber erhält für sein im Laden verpacktes Fleisch nicht mehr, weil schon jetzt die Fleischpreise bei infolge der Krise sinkenden Löhnen unerschwinglich hoch sind. Die Arbeiter- bevölkerung wird das frische Fleisch weniger kaufen und hauptsächlich Wurst und Fleischabfall konsumieren. Für eine Menge Ladenschlächter bedeutet das den glatten Ruin und ein weiteres Fortschreiten der Centralisation im Schlächtergewerbe der Großstädte. Die Groß-Viehhändler und die Groß-Schlächter werden gemeinsam mit den Zünften ver- dienen, die Klein- oder Ladenschlächter aber werden gemein- sam mit den Arbeitern die Kosten bezahlen.

Nicht besser steht es um die erdrückende Mehrheit der großstädtischen Bäckermeister. Steigt der Mehlpreis, so hilft sich der Bäcker eine Weile, indem er wohl das Gewicht des Brotes bei gleichbleibendem Preise verringert oder geringeres Mehl verbaut; wenn jedoch der agrarische Wucherzoll Gesetz wird, zwingt die Erhöhung des Mehlpreises den Bäcker zu erhöhtem Brotpreis. In den Stadtvierteln der Bourgeoisie wird der Bäcker den erhöhten Brotpreis erhalten, in den Ar- beitervierteln aber zwingt die Brotverteuerung die Pro- letariatsfamilien, die sie nicht tragen können, zur Kartoffel als Nahrung überzugehen, die zwar nicht entfernt den Nährwert des Brotes hat dafür aber den hungrigen Magen füllt. Die Erhöhung des Brotpreises wird, wie ohne weiteres klar, eine Steigerung des Mietspreises für Wäckerrentabilitäten zur Folge haben, denn die Hausbesitzer werden so gut mehr verdienen wollen wie der ländliche Grundeigentümer, der seinem Bauer die Pacht erhöht. Der Bäcker aber kann sich der Mietssteigerung nur schwer entziehen, weil er einmal seine Kundschaft verliert und zum andern nicht jeder Ladenraum sich zur Anlage einer Bäckerei eignet. Gesteigerte Mieten, verringerte Einnahmen werden eine ganze Reihe groß- städtischer Bäckermeister zum Bankrott bringen. So bewirkt auch in der Bäckerei der agrarische Wucherzoll nur die Ver- nichtung der Kleinen, die Centralisation und die Entwicklung zum Großbetrieb.

Wie es im Einzelnen gemacht wird, das lehrt ja gerade im Augenblick das Vorgehen der agrarischen Centrale für Milch- verteuerung, die bereits mit der Eröffnung eigener Verkaufsstellen zur bessern Führung des Berliner Milchkrieges vorgegangen ist und mit der Errichtung von rund 300 Verkaufsstellen droht. Steigt durch die Wucherzölle die Macht der Agrarier ins Ungemessene fort, so ist vielleicht die Zeit nicht mehr fern, wo sie daran denken, auch die Fleisch- und Mehlversorgung der Großstädte zu monopolisieren und, durch die Wegräumung hunderter kleiner Existenzen, vorteilhafter für sich einer ganzen Bevölke- rung die Preise zu diktieren.

Dem Proletariat hat man nicht erst nötig auseinander- zusetzen, daß der „Schutz der Schwachen“ im Munde der agrarischen Wortführer ein plumper Schwindel ist. Aber es ist nicht zu verstehen, warum die Gewerbetreibenden des Fleischer- und Bäckergewerbes sich nicht auch energisch gegen die agrarischen Vortemacher rühren. Sie werden ihre Saumseligkeit schwer zu büßen bekommen. Vielleicht aber hat die bittere Erfahrung, die diese Gewerbetreibenden nach dem Zollfeldzug machen können, doch das eine Gute, die blinde Zünftlergarde der Kon- servativen zu zerprengen. Die ökonomischen Tatsachen werden eine eindringlichere Sprache reden als aller agrarischer Schwatz über „Schutz der Schwachen“.

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Oktober.

##### Brunnengeschichten.

Wir wissen nun, daß der Kaiser statt der Märchenbrunnen am Friedrichshain eine Reihe plastischer Märchenfiguren wünscht, vermutlich eine Märchenallee, auf der die Gebilde der deutschen Volkspantomime in angemessenen Abständen verkörpernt werden. Wir wissen auch, daß Wilhelm II. das Verlangen hat, daß diese Gruppen von einem Künstler hergestellt werden, der es vermag, der lieblichen Zartheit der Märchen gerecht zu werden, während die Schöpfer der von der Stadt in Arbeit gegebenen Brunnen einen monumentalen Charakter anstreben. Hat der Kaiser unabweisbar das Recht, seinen ästhetischen Anschauungen durch Wort, Schrift und Druck Ausdruck zu verleihen, so ist er rechtlich nicht in der Lage, seine individuellen Meinungen der Stadt zum obersten zwingenden Gesetz aufzuerlegen. Er ist dazu ebenso wenig im Stande — und das wird das Oberverwaltungsgericht, wem nicht alles trägt, ansprechen müssen —, wie er etwa die Stadt zwingen könnte, daß sie auf seinen Befehl bestimmte Bauwerke errichte.

Daß der Kaiser eben in dieser Hinsicht nur das Recht des Wünschens und des Anregens hat, wie jeder Bürger Berlins auch, nicht aber zwingendes Recht ausüben kann, das hat sich unlängst in einer andern Brunnengeschichte gezeigt, die zwar keinen denkbaren Zusammenhang mit der Affaire der Märchenbrunnen hat, aber doch bei der Gelegenheit einmal erzählt werden mag.

Wie bekannt, soll statt des Brangelbrunnens auf dem Kemper- platz auf kaiserlichen Wunsch ein Rolandbrunnen errichtet werden, und die städtische Kunstdeputation hat sich neulich dem kaiserlichen Verlangen ihrerseits angeschlossen. Auch dieser Rolandbrunnen hat seine Geschichte.

Der Kaiser hatte — übrigens ohne sich vorher mit der Stadt ins Einvernehmen gesetzt zu haben — bei dem Bildhauer Lessing einen Rolandbrunnen bestellt, der an die Stelle des im städtischen

Besitz befindlichen Brangelbrunnens kommen sollte. Als der Auf- traggeber das Modell bekam, fand er den Entwurf für den Platz, auf dem er ausgeführt werden sollte, zu unangenehm. Infolge dessen gelangte vom Hofmarschallamt ein Schreiben an die Stadt, in dem die Bereitwilligkeit des Kaisers ausgesprochen war, der Stadt das Modell zu schenken; Herr Lessing sollte dann mit der Aus- führung des Brunnens von der Kommune betraut werden, und es wurde angesetzt, das Werk vor dem Rathaus hinzustellen.

Seitens der Stadt beschäftigte man sich zweimal mit der Offerte. Beide Male wurde das Anerbieten dankend abgelehnt. Der Kaiser hat sich dann später mit dem Lessing'schen Entwurf auseinandersetzen doch befreundet — wenigstens soll er nun im Auftrag Wilhelms II. auf dem Kemperplatz ausgeführt werden —, während auf der andern Seite seine Bedenken gegen die Märchenbrunnen austauchten.

Der Fall zeigt, daß auf künstlerischem Gebiete Kaiser und Stadt ihre eigenen, getrennten Wege gehen müssen, da bisweilen der letzteren nicht gefällt, was der erste in Auftrag gegeben hat, und umgekehrt der Kaiser nicht mit den kommunalen Kunstschöpfungen einverstanden ist. Die Krone muß es eben leiden, selbst wenn sie der Meinung sein sollte, daß in der Vera Hoffmann noch die ganze Stadt verschimpft wird; die Verantwortung trägt allein die Stadt, wie für die künstlerischen Kronproduktionen die Krone verantwort- lich ist.

##### Notstandsarbeiten.

Unausgesetzt ertönen die Klagen über die schlechte Beschäftigung in der Industrie, immer trüber gestalten sich die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt, ohne daß auch nur der Hoffnungsschimmer einer besseren Zeit sich erkennen läßt. Man hat das ganze Gefühl, daß in dem Abwärts noch nicht Einhalt geboten ist, sondern daß wir noch weiter hinabsinken. Bezeichnend für diese Stimmung auch in industriellen Kreisen ist ein Beschluß des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, der gegenwärtig in Berlin seine Hauptversammlung abhält. Der Verein richtet angelegentlich der vorhandenen und in bedenklicher Zunahme begriffenen Arbeitsnot an sämtliche zuständigen Reichsbehörden und Ministerien das Ersuchen, eventuell unter Heranziehung nicht nur laufender, sondern außerordentlicher Mittel die Vergabe von staatlichen Aufträgen in wesentlich erhöhtem Maßstabe vorzunehmen und weitere vorzu- bereiten.

Der Minister v. Thielen hat bereits am 28. v. M. für das Eisenbahntwesen eine Verordnung erlassen, die den Wünschen des Vereins der Eisen- und Stahlindustriellen entsprechen dürfte. Danach sollen die Bauten gefördert, wo nötig die Arbeitskräfte vermehrt, sowie die niederen Preise für Materialien ausgemittelt werden.

Gegen ein Forcieren der Staats- und Gemeinbe-Arbeiten in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges läßt sich nichts einwenden, auch wir haben wiederholt die Vornahme solcher Arbeiten in Zeiten großer Arbeitslosigkeit befürwortet. Nur fordern wir, die Arbeiten so viel wie irgend möglich in eigene Regie zu übernehmen, damit nicht ein großer Teil der aufgewendeten Mittel als Unternehmer- gewinn in die Taschen „notleidender“ Industrieller fließt. Vor allem sollte man in solchen Zeiten in der Herrensverwaltung sparen, sowohl Flottenparaden wie große Wanderschauspiele ver- meiden, wie überhaupt durch Beschränkung der unproduktiven Aus- gaben für Flotte und Heer Mittel zur kulturell nützlichen Arbeit frei- machen. Besonders verwerflich ist dabei die von dem Herrn Eisen- bahndirektor in einem früheren Erlaß an die Betriebsämter ge- botene Sparsamkeit durch Herabdrücken der Löhne und Beschränkung der Arbeiterzahl im Verkehrsgebiete, um so die Ueberflüsse des Eisenbahnbetriebes sicher zu stellen. Den deutschen Eisen- und Stahl- industriellen wäre zu empfehlen, sich vor allem der Syndikatsstreiterei zu enthalten, die mit ein Teil der Schuld trägt, daß auf dem Eisen- markt die Geschäftslage eine so trostlose geworden ist.

Völlig unzulässig ist, daß etwa in etatswidriger Weise nicht be- willigte Arbeiten — etwa Schiffe — den Privatinteressenten gegeben werden. Der Notstand darf nicht zum Vorwand werden, daß ver- sassungswidrig militaristisch-marinistisch Zwecke ohne Genehmigung des Parlaments durchgeführt und dem Unternehmertum als Extra- profit geschenkt werden.

Es giebt genug produktive Kulturaufgaben, die jetzt Reich, Staat und Gemeinde in Angriff nehmen könnten, um die Krisis zu mildern. Wir erinnern nur an die Wohnungsfrage. Es könnte viel Arbeitslosigkeit beseitigt und viel Wohnungselend ge- lindert werden, wenn die Gemeinden jetzt ihre Pflichten als Ver- unternehmer großen Stils erfüllen würden. Das wären frucht- bare Notstandsarbeiten, die doppelte Not mildern würden.

#### Deutsches Reich.

##### Die Friedfertigen.

Ueber die erbärmliche Haltung der Freisinnigen in der letzten Stadtverordneten-Versammlung ist in Berlin nur eine Stimme des Unwillens. Und auch der freisinnige Herr Oberbürgermeister be- kommt wenig Schmeicheles zu hören.

Aber die Stadtverordneten-Wahlen stehen vor der Thür und so hat die Freisinnspresse die schwierige Aufgabe, den edlen Liberalismus heranzulügen. Man verwandelt aber nicht übermäßig viel Witz, um den klaren Sachverhalt zu fälschen. Es ist immer dieselbe Finte: Man raufioniert über die Socialdemokraten, als die Friedensförderer, welche die großartige Wirkung der heldenhafte Resolution des ver- einigten Freisinnis nichtvoll zu beehrlichstigen suchten.

Besonders schelmisch wird in ihrer grenzenlosen Verlegenheit die Zante Woz, die die ganze Angelegenheit unter dem erhabenen fatalistischen Gesichtspunkt des — — W a u f e r a h betrachtet, indem sie philosophiert:

Jedermann, der ein Unternehmen beginnt, ist der Gefahr ausgesetzt, daß dessen Vollendung durch ein unerwartetes Ereignis gehindert wird. Dem Landwirt droht Hagelschlag und Krausefraß, dem Industriellen droht Feuersbrunst und Kriegsgefahr. Man sagt das zusammen unter dem Begriff der höheren Gewalt. Und durch eine höhere Gewalt ist auch der Ausbau des städtischen Straßenbahn-Systems gehindert worden.

Das ist die überwältigende Lebensphilosophie des deutschen Liberalismus, er beugt sich in Demut vor dem zernehmenden Schicksal des Mäusestrahes, das sich ihm in jeder unangenehmen Erscheinung offenbart. Man wird ihm einst aufs Grabmal setzen: „Er starb an der höheren Gewalt des Mäusestrahes.“

Die „Freisinnige Zeitung“ hat zwar in schärfster Weise bisher die Angelegenheit behandelt, sie ist auch sicherlich ganz mit der socialdemokratischen Haltung einverstanden, aber aus wahl-taktischen Gründen muß sie so thun, als ob sie sich für das fettige Pathos des Herrn Cassel begeistert, dessen zündendsten Gedankenblitz sie sich sogar für ihre Polemik gegen die Socialdemokraten leiht. Sie bedauert gar nicht, daß die Stimmen der Socialdemokraten sich von der Majorität trennen. Damit sei auch der letzte Schein zerstört, als ob, wie man in der gequerrichten Presse es vorzustellen suchte, Herr Singer und die Socialdemokraten maßgebend seien für die Haltung der Stadtverordneten-Versammlung und für das Ergebnis der Abstimmung. — Ach, wie froh wäre die „Freisinnige Zeitung“, wenn die Liberalen die Haltung der Socialdemokraten eingenommen hätten!

Allerdings das „friedfertige“ Auftreten Kirchners bedauert auch das Organ Eugen Richters. Aber es gönnt ihm einen milderen Umstand, indem es — eine ungläubliche Albernheit! — die Socialdemokraten dafür verantwortlich macht:

„Wir bedauern nur, daß durch das Auftreten der Socialdemokraten die Diskussion wesentlich verschoben wurde. Statt des Gegensatzes zwischen dem Kaiser und den Berliner Kommunalbehörden trat der Gegensatz zwischen den Socialdemokraten und den bürgerlichen Parteien Berlins in den Vordergrund. Dem Oberbürgermeister Kirchner schien dies freilich nicht unwillkommen zu sein. Mehr als nötig ging er auf die socialdemokratischen Reden ein. Desto schwächer war seine Betonung des kommunalen Interesses gegenüber der Entscheidung des Kaisers.“

In ihrer zeitungslosen Verlegenheit greift die „Freisinnige Zeitung“ sogar zu national-socialer Logik, die auch alles, was von der Regierung versehen wird, mit dem Auftreten der Socialdemokratie motiviert. Was hat denn Eugen Richter an dem Auftreten der Socialdemokratie nicht gefallen? Es wäre interessant, das zu erfahren. —

Was der Freisinn draussen denkt, das sagt die „Berliner Zeitung“ und die „Volks-Zeitung“, die ihrer Partei derb den Takt lesen.

Die „Berliner Zeitung“ konstatiert: „Das Parquet der Stadtverordneten-Versammlung ist ein Boden, auf dem die Socialdemokratie Triumphe über Triumphe feiert. Wer sich gestern auf der Tribüne aufhielt, als unten über die Linden-Angelengheit verhandelt wurde, der konnte bemerken, wie das gesamte Publikum, das seinem Kenner nach durchaus nicht aus Anhängern der Marx'schen Lehre bestand, durch die Worte Singers elektrisiert und durch die der bürgerlichen Redner enttäuscht wurde.“

Und sie schließt: „Der Herr Oberbürgermeister von Berlin ist keine Kampfnatur, die Konflikte liebt er nicht. Das können wir ihm nicht verdenken, aber wenn sie entstehen, dann muß man sie durchkämpfen, und nicht sein Augenmerk darauf richten, die Gegensätze zu verkleinern. Ein modus vivendi mit der Krone kann nur gefunden werden, wenn man ihr zeigt, daß man sich nicht mehr bieten läßt, als nach Lage der Gegebenheiten unbedingt erforderlich ist, und daß man mit seiner monarchischen Bestimmung keinen Staat zu machen sucht, sondern ihre Verhängung auf dasjenige bescheidene Maß zu reduzieren, das den Bedürfnissen der Gegenwart entspricht.“

Interessant ist nur, daß der Herausgeber dieses Blattes, Herr Illstein, in der Sitzung schwieg und sich der Abstimmung entzog. Härdete er die Lynchjustiz seiner freisinnigen Kollegen?

Die „Volks-Zeitung“ widmet dem Kommunalfreisinn die folgenden Betrachtungen:

Herr Kirchners gestern entrolltes Friedensprogramm ist ein Reichen der durch die Verzeihung des Zusammenhanges mit der öffentlichen Meinung besiegelten Schwäche der Stadtverwaltung. Die Reden, die von Herrn Kirchner selbst wie von den liberalen Fraktionrednern gestern gehalten wurden, um den Friedensruf des Oberbürgermeisters als der kommunalen Weisheit letzten Schluß zu preisen, haben diesen Zustand um so greller beleuchtet, je mehr sich die Redner sträubten, den Zustand anzuerkennen. Herr Kirchner, der Magistrat, die liberalen Fraktionen bedauern, nichts thun zu können; so erwächst aus der Ansope der Entfugung die Blume des Friedens; eines Friedens, der Wunden schlägt, der schmerzt und brennt, dem man aber gleichwohl in gesteigertem Jubel mit vibrierender Stimme das Sehnsuchtslied weicht: Sühne Friede, holde Eintracht, komm', ach, komm' in meine Brust... Und so ziehen die friedliebenden Duder getrostet von dannen.“

Von der konservativen Presse hat die „Post“ so viel Einsicht, um die Krone vor der Weiterführung der Drumen-Affaire zu warnen:

Bei dieser rechtlichen Lage der Dinge muß angenommen werden, daß, wenn der Polizeipräsident beabsichtigt, die Bauerlaubnis zu dem Märchenbrunnen wegen fehlender königlicher Genehmigung zu verweigern, das rechtliche Fundament der Inanspruchnahme der königlichen Genehmigung für dieses Bauwerk ein völlig zweifelhaftes und unansehbare ist, denn es wäre von den dafür verantwortlichen staatlichen Stellen unverantwortlich, wenn sie den König in die Lage brächten, durch Spruch des Verwaltungsgerichts befehlet zu werden, daß in dem vorliegenden Fall die königliche Genehmigung rechtsermächtigterweise in Anspruch genommen wurde. Je sorgloser über die Wahrung der Kronrechte gewacht wird, um so sorgfältiger muß auch darüber gewacht werden, daß das Rechtsfundament für deren Inanspruchnahme ein völlig einwandfreies und unansehbare ist.“

Es ist bezeichnend, daß selbst der „Post“ die Zustände unbehaglich zu werden anfangen, die unsere Freisinnigen dadurch ändern zu können wännen, daß sie ihre gepöhlte Friedfertigkeit beteuern. —

**Änderung der Märchenbrunnen.** Gewisse Organe gefallen sich darin, fortgesetzt zu behaupten, daß in der Kunstdeputation doch die Reizung hervorgerufen sei, den ästhetischen Wünschen des Kaisers Rechnung zu tragen. Das „Berliner Kostaublatt“ der Inzeratenfirma Mosse beruft sich sogar auf den Stadtrat Hoffmann.

Nachdem am Donnerstag der Oberbürgermeister Kirchner ausdrücklich die entgegengesetzten Angaben Singers bestätigt hat, sollte man doch mit diesen beleidigenden Ausstellungen aufhören. Allerdings hat Herr Hoffmann noch einige Änderungen angeregt, aber diese haben gar nichts mit den Vorschlägen des Kaisers zu thun. —

**Die Zolldebatte im bayerischen Landtag.**

Aus München telegraphisch, B. Z. V.: Zu fortgesetzter Besprechung der Interpellation über die Stellung der Regierung zum Zolltariffen erklärt Senator namens der Socialdemokraten, seine Partei werde alles daran setzen, den Entwurf zu Fall zu bringen. Schildner (C.)

betont, daß höhere Getreidepreise das einzige Mittel seien, um der Landwirtschaft zu helfen. Weber (lib.) spricht sich sowohl für einen Zollschutz für die Landwirtschaft wie für langfristige Handelsverträge aus. Staatsminister Dr. Graf v. Crailsheim legt dar, daß es die Pflicht der Regierung sei, die Interessen der Landwirte und der Industrie gemeinsam zu vertreten; die Landwirtschaft solle einen höheren Zollschutz erhalten, zugleich aber mäßigen die Interessen der Konsumenten und der Exportindustrie berücksichtigt werden. Das gesamte Staatsleben sei mit dem Gedächtnis der Industrie eng verknüpft. Zur Zeit industrieller Krisen sei das Staatsbudget schwer aufzustellen; zur Zeit landwirtschaftlicher Krisen seien die Staatskassen dagegen voll gewesen, so daß der Landwirtschaft geholfen werden konnte. Die Zollserhöhung auf Getreide komme gerade auch den kleinen Landwirten zu Gute; keineswegs habe eine solche Zollserhöhung sowie eine Erhöhung der Getreidepreise ein analoges Steigen der Brotpreise zur Folge. Unter der bisherigen Handelspolitik habe sich die Lebenshaltung der Arbeiter gehoben; dagegen würden die Arbeiter am schwersten leiden, wenn die Landwirtschaft zu Grunde gehe. Richter (kons.) tritt lebhaft für den Doppeltarif auf alle landwirtschaftlichen Produkte ein. Hierauf wird die Wetterberatung auf Sonnabend vertagt.

So weit der knappe telegraphische Bericht erkennen läßt, will die bayerische Regierung auf der vielberufenen Mittellinie des Zollwuchers marschieren.

Die Konservativen und Agrarier dürften von der Stellungnahme der bayerischen Regierung nicht gänzlich befriedigt sein; wenigstens werden sie es an lauten Bekundungen nicht fehlen lassen, daß ihnen nicht genug des Brotwuchers zugesandt werde. Denn den Agrariern gilt es bereits als schweres Verbrechen, die Verächtlichung der Konsumenteninteressen und der Exportindustrie zu betonen, wie Graf v. Crailsheim gethan. Auch hat der bayerische Minister, so weit der vorliegende Bericht erkennen läßt, keine unbedingte Anhängerschaft zum Minimaltarif für die Getreidearten geäußert.

Diese Ablehnung der extremsten agrarischen Forderungen bedeutet aber natürlich nicht, daß etwa die „Mittellinie“ der bayerischen Regierung nicht in höchster Nähe agrarisch verlaufe. Die bayerische Regierung ist mit einer kolossalen Erhöhung der Kornzölle einverstanden; die Kornzölle sollen so weit als irgend möglich gesteigert werden, so lange nur noch der Abschluß von Handelsverträgen mit dem Auslande dadurch nicht gänzlich ausgeschlossen wird!

Von erstmaliger Dürftigkeit und Unrichtigkeit ist die Begründung für den Brotwucher seitens des Ministers v. Crailsheim. Es ist unrichtig, daß die Zollserhöhung auf Getreide auch den kleinen Landwirten zu Gute kommt, die vielmehr schwer geschädigt werden, da nach dem Teurerwerden der Brotnahrung die Produkte ihres Ackerbaubetriebes, Fleisch, Milch, Winter schwerer veräußert werden; Herr v. Crailsheim scheint gänzlich vergessen zu haben, was der frühere Reichskanzler Fürst Hohenlohe vor einigen Jahren über die lächerliche Vorpiegelung des Ruhens des kleinen Landwirts durch Getreidezölle ausgeführt und hatilich bezeugt hat.

Nichtig und eine Selbstverständlichkeit ist dagegen, daß beim Untergang der Landwirtschaft die Arbeiter schwer leiden würden; dabei hat der Minister nur übersehen, daß der Großgrundbesitz, der angeblich ohne Hunger nicht existieren kann, nicht „die Landwirtschaft“ ist, daß dieser Großgrundbesitz vielmehr der landwirtschaftlichen Entwicklung schwerste Hindernisse bereitet.

Ergreiflich ist endlich das Zugeständnis, daß die bisherige Handelspolitik den Arbeitern unglücklich war und daß Erhöhung der Getreidepreise durch Zollserhöhung zugleich Erhöhung der Brotpreise — wenn auch etwa nicht „analoge“ — bedeutet. Nach all diesen Zugeständnissen ist es eine tolle Regierungswissenschaft, die bisher für gut befundene Handelspolitik jetzt umstürzen und die Arbeiter in der Zeit der Krise höheren Preisen ihres Hauptnahrungsmittels zu überantworten. —

**Die Civile als Konkubin.** Der Düsseldorf'sche Kaplan Schwippert, der einer sterbenden Frau verweigerter, ihren Mann zu sehen, weil ihre nicht kirchlich eingetragene Ehe eine Konkubinats sei, war wegen dieser Verweigerung seiner Zeit in Anklage verurteilt worden. Man scheint solche Beurteilung der Civile nicht als eine Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen anzusehen; denn das Verfahren ist eingeleitet worden.

Die Folge wird sein, daß hinfort der Ausdruck Konkubinats ein Ehrentitel werden wird für alle Ehen, die auf den Segen der Kirche verzichten haben. —

**Aus Sachsen-Weimar.** Bei den angesprochenen Wahlen zu den Bezirksausschüssen sind infolge der vorjährigen Erfolge bei den Landtags-Wahlen unsere Genossen in vier Verwaltungsbereichen beteiligt, indem die gewählten Wahlmänner in jedem Landtags-Wahlkreis zwei Mitglieder in den Bezirksausschüssen zu wählen haben. In zwei Wahlkreisen, Apolda und Jhmenau, haben wir je zwei Mitglieder sowie deren Stellvertreter zu wählen, während in den zwei von den Freisinnigen mit socialdemokratischer Hilfe eroberten Kreisen uns je ein Mitglied nebst Stellvertreter zuerkannt worden ist. Nun wird es sich zeigen, wie der Freisinn Wort hält. —

**Ein Cyper des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen.** Aus Königsberg wird uns berichtet: Eine Demunition wegen Majestätsbeleidigung hat den Besitzer Knipel in Rattisphen, Kreis Zilsit, in den Tod getrieben. Bei dem Sommerachtsfest des Kriegervereins, dem der Mann angehörte, machte Knipel in Kreise seiner Kameraden, als das Gespräch auf den Kaiser kam, eine nicht weniger wie ehrerbietige, sonst aber harmlose Bemerkung. Ihm wurde sofort gesagt, wenn er gut Geirante einlaufe, werde ihm nichts geschehen. Da er die Sache für bedeutungslos hielt, gab der Unvorsichtige nichts zum Besten. Er wurde thatsächlich demunziert. Nach der gerichtlichen Vernehmung hat er sich aus Furcht vor Gefängnisstrafe erhängt. —

**Ausland.**

**Der Boeren-Krieg.** London, 2. Oktober. (Fig. Ver.) Die eigenartigen offiziellen Berichte über die blutigen Geschehnisse bei den Forts Jzala und Prospekt, sowie die trotz aller Dementis allgemein geglaubten Nachrichten über die Demission Ritzeners haben in der öffentlichen Meinung große Unzufriedenheit hervorgerufen. In ministerielle wie die antiministerielle Presse schlägt denselben Ton gegen die Regierung an.

Die „St. James Gazette“ schreibt: „Die Unruhe in der Nation wächst, und sie wird zum Sturm werden, wenn sich die Regierung nicht zu einer entscheidenden That aufrafft.“ Der „Standard“ fragt: „Hat die Regierung alles gethan, um den Forderungen Ritzeners nach Verstärkungen voll und prompt zu entsprechen? Die Ungebuld über diese Art Kriegsführung ist im Wachsen begriffen. Man fühlt, der Feldzug hätte schon beendet sein müssen und es ist unerträglich zu denken, daß uns noch ein mehrere Monate langer Guerrillakrieg mit seinen enormen Kosten bevorsteht.“

Die „Times“ klagen: „Die neue Heemonarchie, die von der Regierung in aller Eile nach Südafrika geschickt wurde, war zum großen Teile untauglich. Daß die Beweiseligkeit der Kolonnen dadurch gelitten hat, ist ohne Zweifel richtig. Ritzeners war enttäuscht darüber, daß man ihm mit solchen Helfern dienste.“

In merkwürdiger Uebereinstimmung mit meiner am letzten Sonntag gemachten Bemerkungen über die Differenzen zwischen Mutterland und Kolonialclique schreibt heute die „Daily News“: „Lord

Ritzeners ist ein ziemlich unbarmherziger Mann, aber er hat keine Lust, sich in der Geschichte als ein Alba zu verewigen. Das wirkliche Gift Südafrikas ist gegenwärtig nicht die wilde Ritzeners, sondern die Rachsucht der englischen Lokalfürsten. Die Schuld der Regierung liegt nicht darin, daß sie den Gelbsten Ritzeners Einhalt gebietet, sondern darin, daß sie sich den Madenschaften der Lokalfürsten demütig unterwirft, die durch ihre Ausschreitungen die Kriegesfläche ausdehnen.“

Je ungünstiger für England die Sache, desto wahrscheinlicher die Hoffnungen. „Daily Chronicle“ will aus bester Quelle erfahren haben, man reche auf einen plötzlichen Zusammenbruch des Widerstandes der Boeren und dementsprechend auf eine rasche Beendigung des Krieges! Man beachtete daher nicht, weitere Verstärkungen nach Südafrika zu schicken.

Man hat eben keine Soldaten mehr! Die „Daily News“ erklärt in einem Leitartikel, die finanzielle Lage Großbritanniens sei so ernst, daß jeden Augenblick die Notwendigkeit eintreten könnte, das Parlament zusammen zu rufen, damit dasselbe größere Geldmittel für den Krieg bewillige. Das Blatt sagt weiter, die Einnahmen seien unter dem Staatsausfall geblieben, während die Ausgaben denselben weit überschritten hätten, und glaubt, daß weitere Anleihen werden aufgenommen werden müssen.

**Schweiz.**

**Polizeispiegel in der Schweiz.**

Es wird uns geschrieben: Der Bundesrat in Bern hat kürzlich einen Josef Studna aus Böhmen, geboren 1872, welcher sich in Bern aufhielt und der einer fremden Polizei Spigelkarte gegen Entschädigung leistete, aus der Schweiz ausgewiesen. Derselbe trug nebst verschiedenen Beglaubigungsschreiben und kompromittierenden Schriftstücken der Prager Polizei auch vielfach Empfehlungsschreiben von socialdemokratischen Organisationen in Deutschland, Oesterreich, Belgien und Frankreich sowie der Schweiz bei sich, die er sich auf uneheliche Weise zu verschaffen gewußt hatte.

Zu Sachen des in Zürich entlarvten Spigels Heilmann, der gegenwärtig wegen Betrugs in Untersuchungsbefugnis ist, veröffentlicht die Mitgliedschaft der österreichisch-ungarischer Socialdemokraten im „Volkrecht“ eine ganze Anzahl von Schriftstücken, aus denen die Verbindung desselben mit dem österreichischen Konsulat zur Evidenz hervorgeht. Nach der Aussage seiner Frau erhielt Heilmann vom genannten Konsulat seit Jahren für seine Spigelthätigkeit Monatslohn. Gegenüber dieser Aussage erklärt Heilmann, daß seine Frau vor falschen Ansagen „verleitet“ worden sei. Das wäre eine merkwürdige Frau, die sich zu solch schwerer Verdächtigung ihres Mannes verleiten ließe. Da er im Gefängnis sitzt, wird man das weitere abwarten müssen.

Auffallend ist, daß in Genf noch immer der „berühmte“ Baron v. Richthofen weilen darf, aber dessen skurrilste Spigelqualität doch in Genf alle Welt einzig ist. Warum derselbe nicht ausgewiesen wird, ist das Geheimnis der Bundesanwaltschaft und des Bundesrates. —

**Zürich, 2. Oktober.** (Fig. Ver.) Im Kanton Zürich fand am Sonntag eine Ersohwahl in den Regierungsrat statt, die in mehrfacher Beziehung Interesse beansprucht. Einmal war sie notwendig infolge des Austritts des bisherigen Regierungsratsmitgliedes Grob, der früher Pfarrer und nun seit langen Jahren Minister war, sich aber wegen vorgerückten Alters zum Spitalverwalter in Winterthur wählen ließ. Der Ministerberuf war ihm zu beschwerlich geworden und da die Schweiz die Einrichtung der Ministerpensionen nicht kennt, auch die Ministergehälter mit ihren 5000 bzw. 7000 Fr. nicht so hoch sind, um erhebliche Ersparnisse zu ermöglichen, so muß der alternde Regierungsrat darauf bedacht sein, eine anderweitige neue Erfindung zu finden. Dieser Zustand ist nicht ideal, aber für vorüberdauere hohe Ministergehälter und Ministerpensionen, wie sie in andern Ländern üblich sind, würden wir uns freilich erst recht nicht begeistern.

Der Grob trat also zurück und da die „Demokraten“ ihn zu den übrigen zählen, so beanspruchten sie neuerdings den freigewordenen Ministerberuf. Vollberechtigten Anspruch darauf hätten jedoch die Socialdemokraten gehabt, da sie ungefähr ein Drittel der kantonalen Stimmen besitzen, aber von den 7 Regierungsratsmitgliedern nur einen haben. Aus verschiedenen Gründen sah man davon ab, einen Kandidaten aufzustellen und überließ ohne Kampf den Sitz den Demokraten. Es wurde Wahlenthaltung proklamiert und dadurch erzielt, daß 20617 leere Stimmzettel eingelegt und der demokratische Kandidat Luz, bisher Stadtrat in Zürich, trotz der Unterstüßung durch die Liberalen nur mit 2933 Stimmen gewählt wurde. Von den 100000 Stimmberechtigten sind nur 52000 zur Urne gegangen, so daß der neue Minister nicht einmal ein Drittel der Stimmen aller Stimmberechtigten erhielt.

Bemerkenswert war sodann die Stellung der Bauern. Ihr Organ, der „Bauerbund“, meinte, die Socialdemokraten hätten einen eignen Kandidaten aufstellen sollen. Wir hätten unter den heutigen Verhältnissen unfern zürcherischen Bauern gesagt, daß trotz der Wahl des socialdemokratischen Regierungsrates Ernst unser zürcherisches Staatschiff noch nicht untergegangen und daß in Herrn Ernst unser kantonalen Verwaltung eine tüchtige Arbeitskraft und ein Finanzminister gegeben worden sei, der mit aller Einsicht das ihm anvertraute Heiligthum, den zürcherischen Staatskass, füttert und alle Positionen im Einnehmen und Ausgeben zu dessen Intakthaltung geacht zu wahren sucht. Wir hätten ihnen ferner gesagt, daß auch Herr Friedendricker Werner (der eventuell als socialdemokratischer Kandidat aufgestellt worden wäre) in Winterthur seinen unbefangenen und objektiven Mann stellen werde und hätten ihnen weiter gesagt, einmal gründlich darüber nachzudenken, wo für die Bauern die Gefahr liege, ob bei den energischen Wännern links, die offen sagen, was sie wollen und selbst in der politischen Verirrung offen kämpfen für Menschenrecht und Menschenglück, oder aber bei den Trägern des Kapitals, die das Geld im Auslande anlegen oder in alle möglichen industriellen Unternehmungen stecken, aber kein Verständnis mehr, nur noch eine kalte, harte Hand haben für den alten solden bäuerlichen Hypothekentitel. Wir hätten schon lange aufgetragen, dieses einmal zu sagen. Man denke darüber nach!

Wenn nur diese erfreuliche Erkenntnis, daß rechts die Gefahr liegt und alle Unterdrückten sich verbinden sollten gegen das Kapital, in weiteren bäuerlichen Kreisen Eingang finden und stets gegenwärtig bleiben würde. Arbeiter und Bauern zusammen könnten dann manches gegen die Geldjadsparteien austrichten. —

**Frankreich.**

Paris, 4. Oktober. Das Unterrichtsministerium hatte bis gestern abend 8 Uhr, also 4 Stunden vor Ablauf der den Kongregationen gestellten Frist für Einreichung der Genehmigungs-gesuche 596 Gesuche erhalten, davon 64 von Männerorden mit 3001 Anstalten und 532 von Frauenorden mit 6777 Anstalten. Von diesen Kongregationen waren 458 bisher überhaupt nicht genehmigt. Ihre Gesuche werden, dem Vereinsgesetz gemäß, dem Parlament vorgelegt werden. Zur Genehmigung der übrigen Kongregationen wird eine Verfügung des Staatsrats erlassen werden.

**Spanien.**

Madrid, 4. Oktober. Der Ministerpräsident Sagasta bestätigt im „Heraldo“, daß die Kammern am 18. d. M. wieder zusammen-treten werden; gleichzeitig werden die Gerüchte von einer Ministerkrisis für unbegründet erklärt.

**Italien.**

Kapitalistische Korruption. In dem Bureau der Gas-gesellschaft in Neapel sind eine Anzahl offizielle Telegramme beschlagnahmt worden, welche zwischen der Direktion und dem Aufsichtsrat der Gesellschaft (Paris) gewechselt worden sind. Die

Telegramme sind zwar noch nicht vollständig entziffert, jedoch ist schon so viel sicher, daß die Gasgesellschaft große Summen an den beschäftigten Gasarbeitern, dessen Treiben bekanntlich durch das dortige sozialistische Parteiorgan als Tagesziel gezogen wurde, gezahlt hat. Ferner werden noch eine Reihe anderer Namen von hochangesehenen, im öffentlichen Leben stehenden Personen genannt, die von der Gasgesellschaft Bestechungsgelder angenommen haben. Es ist wahrscheinlich, daß es bald zu einem zweiten „Reinigungsprozess“ kommen wird. Die Socialisten Kapells haben in einer Versammlung zu dieser Angelegenheit Stellung genommen und beschlossen, direkt einzugreifen, die öffentliche Meinung aufzuklären, damit die Behörden zu weiterem Handeln gedrängt werden. —

### England.

London, 2. Oktober. (Fig. Ver.) Das neue Schulgesetz, dessen vorläufige reaktionäre Wirkungen bereits an dieser Stelle besprochen wurden, macht sich vorläufig in der Einföhrung und Einschränkung der Abendkassen bemerkbar. So melden heute die Blätter, daß in East-Ham (London) sämtliche Abendkassen eingestellt wurden, während in West-Ham nur vier Abendkassen geöffnet sind gegen zwölf im vorigen Jahre. —

### Dänemark.

Das Ergebnis der Ergänzungswahlen zum Landsting. Nachdem die Höchstbesten ihrer — selbstverständlich durchweg reaktionären — Wahlmänner gewählt hatten, haben in der vorigen Woche die Wahlen der Abgeordneten stattgefunden. In Kopenhagen wurde der Bürgermeister Vorup mit 403 Stimmen gewählt; Genosse B. Studen erhielt 412 Stimmen. Die Wahlmänner, die für Knudsen stimmten, waren von 16 671 Urwählern gewählt, die Wahlmänner Vorups nur von 2277. Deutlicher konnte die Ungerechtigkeit des Wahlsystems, das für die Zusammensetzung des Landstings maßgebend ist, nicht zu Tage treten. — In Elve wurde ein Liberaler, in Randers, infolge Verrats der Moderaten, ein Konservativer gewählt.

Seither verfügten die Reaktionsäre im Landsting über 34 Mandate, die übrigen mehr oder minder Liberalen hatten 32; nun haben die Reaktionsären 36, die übrigen 30 Mandate mit Einschluß des einen Socialdemokraten. Die Ergänzungswahlen haben also eine Verschiebung der Parteistellung zu Gunsten der Reaktion ergeben. Die Hoffnung, daß das neue Ministerium durch diese Wahlen zu einer Landstings-Majorität kommen würde, hat sich also nicht erfüllt. Soll das Landsting nicht noch jahrelang ein Hindernis aller durchgreifenden Reformen bilden, so wird die Regierung von ihrem Aufschubrecht Gebrauch machen müssen.

Die feierliche Eröffnung des Reichstags findet am Freitag im Folketings-Saale statt. —

### Rußland.

Waffenprotest der Finnländer gegen das neue Wehrpflichtgesetz. Anlässlich einer Eingabe des finnländischen Senats hatte der Generalgouverneur Bobritsch dem Jaren berichtet, daß in Finnland nicht eine Spur von Opposition gegen die Umgestaltung des Heerwesens vorhanden sei, daß im Gegenteil die Bevölkerung diesen neuen Beweis von der Gnade des Monarchen dankend entgegengenommen hätte. Um diese völlig unwahre Behauptung nicht unwidersprochen zu lassen, haben circa eine halbe Million finnländischer Männer und Frauen einen Protest an den Jaren unterzeichnet, worin die neue Heerordnung als geschwindig bezeichnet wird, weil sie ohne Zustimmung und Mitwirken der Ständeversammlung zu Stande gekommen ist. —

## Zwei Konferenzen über die Wohnungsfrage.

London, 30. September.

### I.

Vorige Woche tagte in Glasgow eine Konferenz von 160 municipalen Vertretern Englands, deren Thema die Wohnungsreform bildete. Mr. Samuel Childs, Oberbürgermeister (Vord. Propost) von Glasgow, eröffnete die Versammlung mit folgender Ansprache: „Es giebt ein Verbrechen der Verhinderung, auf das jeder englische Bürger ein Recht hat. Die Armen sind diejenigen, die unter der Herrschaft des freien Wettbewerbes gezwungen werden, weniger als das Minimum anzunehmen. Diesem Uebelstand kann nur die Municipalität abhelfen. Denn das wirtschaftliche Gesetz von Angebot und Nachfrage ist nur unter solchen Umständen gerecht, in denen Käufer und Verkäufer gleich stark sind. In der Wohnungsfrage ist diese Gleichheit nicht vorhanden. Hätte man dieses Gebiet dem Walten der freien Konkurrenz überlassen, so wären die engen, dunklen Gassen, die überfüllten, ungelüfteten Häuser und die handlungslosesten Wohnverhältnisse bereitwillig worden. Der Ruf der Obdachlosen und der ungenügend Behauseten darf nicht mehr ignoriert werden.“ Die darauf folgenden, zweitägigen Debatten ergaben nur zwei einmütigen bemerkenswerten Beschlüsse vom Stadtrat von Glasgow, und Mr. Waterlow, Vorsitzender der Wohnungscommission des Londoner Grasschaftsrates.

Gray sagte: „Die Municipalitäten müssen von der Regierung weitgehende Rechte erhalten. Sie müssen im stande sein, Eigentümer von Clums (schmutzigen, ungelüfteten Häusern) zu zwingen, ihre Gebäude niederzuzerren. Kaufen die Gemeinde den freigelegten Boden, so soll der Kaufschilling nicht nach dem Mietvertrage, sondern nach den dort herrschenden Bodenpreisen festgelegt werden. Erwerben die Gemeinden größere Bodenflächen zum Zwecke von Parkanlagen etc., so ist darauf zu achten, daß keine Vertragsbedingungen gegen eventuelle Erziehung von Arbeiterwohnungen daran haften. Wir müssen ferner berechtigt sein, Eigentümer von ungebauten, an der Peripherie der Stadt liegenden Grundstücken zum Verkauf derselben an die Gemeinde zu zwingen. Jivang ist hier notwendig, da die Besteuerung solcher Grundstücke eine ganz minimale ist, die Eigentümer derselben also keine Ursache haben, sie zu veräußern und vielmehr auf die Steigerung der Bodenpreise zu spekulieren, was bei der Ausdehnung der Industrie nicht ausbleiben kann. Schließlich muß die Bestimmung, wonach bei Zwangsankäufen der Kaufschilling um 10 Proz. zu erhöhen ist, ausgemergelt werden.“

Waterlow: Einer Wohnungsreform stehen in London große Schwierigkeiten entgegen. Der Grasschaftsrat darf kein ungelüftetes Haus schließen, wenn er nicht nachweist, daß die Bewohner des Hauses anderweitig Unterkunft finden könnten. Der Ankauf und das Niederreißen ungelüfteter Häuser verschlingen enorme Summen — ein Quadratfuß kommt uns auf etwa 15 bis 17 £, während man überall in London den Quadratfuß Boden für 5 bis 10 £ haben kann. Ich kenne einen Fall, wo der Eigentümer eines ungelüfteten Hauses in Hadney (im Nordosten Londons) die Miete für je 2 miserable Zimmer von 5 auf 10 £ die Woche hinaufschrauben konnte, da die Mieter keine andere Wohnungen bekommen konnten. Sollte nur der Grasschaftsrat dieses ungelüftete Eigentum erwerben wollen, so müßte er vor allem andere Wohnungen für die Leute suchen, und dem Eigentümer das Haus nach dem letztgenannten Mietvertrage bezahlen. Ich glaube nicht, daß es den Grundbesitzern der Gerechtigkeit entspricht, solchen Individuen eine so große Macht zu lassen. — Die Tilgungskosten für die Baugrunderwerbungen ungelüfteter Gemeinde — Anlieger darf nie unter sechzig Jahre fallen.“

Diese Ausführungen sind ihres naiven Reizes wegen ungemein interessant. Sie zeigen, wie praktische, von Theorien nicht geplagte Engländer den Interessengegensatz zwischen Gemeinde und Individuum zu begreifen anfangen und ihn auf empirischem Wege abheben wollen. So weit dieses Verständnis reicht, ist es gewiß wohlthätig, nur reicht es nicht weit genug. Bleibt man dabei stehen, so kommt man wohl zu jener hübschen Antithese von Sidney Webb: „Die Liberalen denken in Individuen, die Progressiven in Gemeinlichkeiten“, aber richtiger wäre es zu sagen: „Die Bourgeoisie denkt in Individuen, die Socialdemokratie in Klassen.“ Die Denker in Gemeinlichkeiten bilden den Uebergang zwischen zwei Weltanschauungen.

### II.

Die andre Konferenz tagte in Birmingham und war von der Garden City Association (Vereinigung zur Errichtung von Gartenstädten) einberufen und von municipalen Vertretern und Reformen besucht. Der Oberbürgermeister von Birmingham begrüßte die Konferenz, worauf der Hauptredner, Mr. Ralph Neville, das Wort ergriff zu einer längeren Ansprache, die in folgendem Sinne gipfelte: „In einem civilisierten Lande ist die physische Degeneration der Bevölkerung größer als in England, das noch nie eine so scharfe wirtschaftliche Konkurrenz abzuwehren hatte wie jetzt.“ Die angenommenen Resolutionen zeigen den Zweck dieser Vereinigung. Sie lauten:

A. Die Konferenz fordert die lokalen Körperschaften auf, ihre ganze Aufmerksamkeit der Wohnungsfrage zuzuwenden.“

B. Die Wohnungsfrage kann nur gelöst werden durch eine planmäßige, systematische Ueberführung der Industrie aufs Land, wobei Einrichtungen zu treffen sind, daß die Gesamtsumme der dadurch hervorgerufenen Erhöhung der Bodenwerte der ganzen Bevölkerung zu gute kommt, d. h. zu municipalen Zwecken verwendet wird.“

## Partei-Nachrichten.

Die Eröhrung des allgemeinen Wahlrechts. Unter diesem Titel veröffentlicht der Ausschuß der socialdemokratischen Partei und das Landessekretariat der Gewerkschaften Schwedens einen Aufruf, worin die Einzelorganisationen aufgefordert werden, sich baldigst mit der Frage der Eröhrung eines Tagelohnes jeden Mitgliedes zwecks Bildung eines Generalstreik-Fonds zu befassen. Die Hauptverwaltung dieses Fonds übernimmt das Landessekretariat. Der definitive Beschluß über den Beginn des Generalstreiks, sowie die näheren Bestimmungen sollen in einer im nächsten Jahre einzuberufenden Konferenz gefaßt werden. Die Organisationen sollen sich inzwischen mit der Frage befassen, inwiefern unter gewissen Voraussetzungen zum Generalstreik gegriffen werden soll, und nachdem darüber diskutiert worden ist, soll in jeder Organisation eine Abstimmung darüber vorgenommen werden. Das genaue Ergebnis dieser Abstimmungen soll bis spätestens den 1. Februar 1902 dem Partei-Ausschuß übermitteln werden.

Gemeindevahlfrage in Oesterreich. In Cormons bei Gradiska wurde bei den Gemeindevahlen in der dritten Klasse die fortschrittlich-socialdemokratische Liste gewählt, wodurch fünf Socialdemokraten in den Gemeinderat kamen. Ebenso wurde in Ganz bei Mürzzuschlag die socialdemokratische Liste in der dritten Klasse nahezu einstimmig gewählt.

Socialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. In Chur wurden bei der jüngsten Wahl des Großen Stadtrats neben 12 Liberalen und 4 Konservativen 5 Arbeitervertreter gewählt, womit unsere Genossen einen schönen Erfolg erzielten.

## Politik, Gerichtliches u. s. w.

Die Schauperrern im Ruhrrevier. Unser Parteigenosse Breckenbed in Dortmund ist erst vor kurzem zu harter Strafe verurteilt worden, weil er das System der Schauperrern, das nach Angabe der Polizei der Bekämpfung von Ordnungsstörungen dient, von dem aber merkwürdigerweise nur socialdemokratische Versammlungen und die Versammlungen der freien Gewerkschaften betroffen werden, scharf kritisiert hat. Er soll dadurch verschiedene Behörden beleidigt haben. Breckenbed büßt seine Strafe, das System blüht ruhig weiter. In Duisburg bei Dinslaken wollten die Parteigenossen kürzlich eine Laßalle-Feier abhalten: sofort erhielten sämtliche Wirthe des Ortes die Schauperrere. Solche Verfügung wird im „Bedraf“ abgedruckt und hat folgenden Wortlaut:

Politzeiliche Verfügung.

Nach einem Artikel des socialdemokratischen Organs „Bedraf“ soll am 22. d. M. in ihrem Lokale zu Duisburg eine socialdemokratische Feier — die sogenannte Laßalle-Feier — abgehalten werden, wodurch eine Störung der öffentlichen Ordnung zu befürchten ist.

In Gemäßheit der §§ 6 und 20 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und des § 192 des Landesverwaltungs-Gesetzes vom 30. Juli 1883 wird Ihnen daher im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit aufgegeben, am 22. d. Mts. von 2 Uhr nachmittags ab, den Wirtschaftsbetrieb in Ihren Lokalitäten vollständig ruhen zu lassen.

Sollten Sie diesem Verbot zuwiderhandeln, dann wird, wie hiermit angedroht, auf Grund obiger gesetzlichen Bestimmungen zur Ergreifung der Nachsichtung des Verbotese für den Fall der Uebertretung eine Geldstrafe von 50 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine Haftstrafe von sieben Tagen tritt, gegen Sie festgelegt werden.

Die Polizeiverwaltung.

Der Bürgermeister v. Trojen.

Den Raatweid, daß durch socialdemokratische Veranstaltungen die öffentliche Ordnung schon einmal gestört worden ist, haben die löblichen Polizeibehörden noch nicht erbracht.

## Aus Industrie und Handel.

### Der Geschäftsgang in der Textilindustrie.

Aus Aresfeld wird uns geschrieben: Ueber 1 1/2 Jahre dauert der wirtschaftliche Niedergang in der Textilindustrie schon an, und scheint nun nach und nach seine Opfer zu fordern. Der Fall des alten Bankhauses Suermondt u. Co. kam ganz überraschend und löst erneut einen sehr ungünstigen Einfluß auf die Gesamtlage der Industrie aus. Die Bank ist an einer sehr großen Zahl von industriellen Unternehmungen stark beteiligt, allein sechs Etablissements der Textilindustrie sind mit ihrem Schicksal und dem der Bank eng verknüpft. Daneben treibt sie an allen Ecken und Enden in der Textilindustrie. Zwei Firmen haben sich in der letzten Zeit mit ihren Gläubigern verständigt, so daß die Betriebe wenigstens nicht ganz eingestellt zu werden brauchen. Dabei munkelt man schon wieder von dem Zusammenbruch einer großen Firma der Textilindustrie und befürchtet, daß noch weitere folgen werden. Die größte Zahl der Textilarbeiter wird in keiner Weise voll beschäftigt. Ein Teil arbeitet nur sechs oder acht Stunden am Tage, andre Fabriken setzen jede Woche einige Tage aus und in einer großen Anzahl müssen die Arbeiter regelmäßig auf Material warten, wenn ein Stück fertig ist. Außerdem ist noch ein Teil der Arbeiter gänzlich arbeitslos. Dabei hat die Stadtverwaltung noch so gut wie keine Vorkehrungen getroffen, um der allgemeinen Nothlage, welche für den kommenden Winter bevorsteht, zu begegnen. Wenn unter solchen Umständen 55 Weber der Firma Robert Waldhansen wegen einer 15 procentigen Lohrerhöhung in einen Streik getreten sind, so kann man das einen Verzweiflungskat nennen.

Das Statut der Handelskammer zu Berlin haben die Aeltesten der Kaufmannschaft ausgearbeitet und wird einer Generalversammlung der Kammer unterbreitet werden. Unangenehm ist die Börse, die von den 33 Vertretern nur 9 beanspruchen soll, und das Kleingewerbe, dem nur 3 Vertreter zugeordnet sind.

Kohlenversorgung Berlin im August. Innerhalb des Reichsbildes von Berlin in den Eisenbahn-Stationen und Häfen betrug im August 1901 die Zufuhr an Steinkohlen, Coals und Bricketts 206 512 Tonnen, wovon 200 002 Tonnen (188 643 im Vorjahre) in Berlin blieben; an Braunkohlen und Bricketts 86 282 Tonnen, wovon 85 767 Tonnen in Berlin blieben (88 893 l. V.). Außerhalb des Reichsbildes betrug die Zufuhr (abzüglich des Verbanbes) in Steinkohlen, Coals und Bricketts 97 869 Tonnen (83 310 l. V.), in Braunkohlen und Bricketts 33 573 Tonnen (22 990 l. V.).

Die Zahlen bestätigen die Ueberfüllung des Marktes, die noch gesteigert wird, weil die Abfuhr bei der milden Jahreszeit gegen das Vorjahr bedeutend zurückbleibt.

Auflösung des Cementbündnisses. Das Nordwest-Mitteldeutsche Cementbündnis dürfte auf seiner demnächst stattfindenden Generalversammlung die Auflösung beschließen. Die Ueberproduktion in

diesem Industriezweig ist so groß, daß die Interessenten nicht mehr zusammenzuhalten waren; einer nach dem andern hat sich abgelöst vom Bündnis und damit die Gründung auseinandergetrieben.

Die Rekonstruktion der Meeresflotte vereinigt Schiffe in Breslau soll durch Zusammenlegen von drei Flotten zu einer erzielt werden. Einigen größeren Gläubigern werden 50 Proz. in Uebernahme von Vorzugsaktien geboten, während die übrigen sich mit der Verwaltung einigen sollen. Ueber die Annahme dieser Bedingungen werden die Gläubiger in einer Zusammenkunft entscheiden.

Die Konkursverwaltung der Leipziger Bank glaubt zu ermöglichen, daß die erste Abschlagszahlung an die Gläubiger noch im Januar 1902 zur Verteilung gebracht wird. Bezüglich der Höhe der zu verteilenden Abschlagsdividende hofft die Konkursverwaltung 30 Proz. der betreffenden Forderungen auszahlen zu können.

Eine Vereinigung britischer Tabakfabrikanten unter dem Titel „Imperial Tobacco Manufacturers Company of Great Britain and Ireland“ mit einem Kapital von 12 bis 15 Millionen Pfund Sterling hat sich zu dem Zwecke gebildet, um die britischen Fabrikanten gegen die drohende amerikanische Konkurrenz zusammenzuschließen.

## Aus der Frauenbewegung.

Im Frauen- und Mädchen-Bildungsverein Rixdorf wird Herr Grunmann Dienstag, den 8. Oktober, bei Müller, Knefestrake 113, einen großen Lichtbilder-Vortrag über „Schwangerschaft, Mutterthum, Frauenleben und Leiden“ halten. Dazu sind auch Gäste willkommen. Der Eintritt kostet 10 Pf.

Politische Hindernisse haben die Verhandlungen des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine auch am Freitag unmöglich gemacht. In Konsequenz des Verlangens, die Verhandlungen überwachen zu können, verlangte die Polizeibehörde auch, daß sie 24 Stunden vorher angemeldet werden. Das ist für Freitag unterlassen worden und die Verhandlungen können nun erst am Sonnabendvormittag 10 Uhr im Industriegebäude fortgesetzt werden.

Den bürgerlichen Frauen, die sich am Freitag früh zahlreich zu den Verhandlungen eingefunden hatten, aber politisch am Eintritt in das Lokal verhindert wurden, wird so ein bißchen politische Liebeshörigkeit vielleicht nicht ganz unähnlich sein.

Die allgemeine Feuerwehrlpflicht der Frauen. Der Magistrat von Heilsberg in Ostpreußen hat an alle selbständigen Frauen und Mädchen, die feuerpflichtig sind, die Aufforderung erlassen, bei eintretender Feuergefahr im Stadtgebiet und auch bei Feuerlösch-Vorbediensten sich auf das Feuersignal sofort nach dem Alarmort zu begeben und die ihnen zugewiesenen Arbeiten beim Löscheien zu verrichten. Unentschuldigtes oder ungerechtfertigtes Ausbleiben soll die im § 360 Nr. 10 des Reichs-Strafgesetzbuches festgesetzte Strafe nach sich ziehen, sofern die betreffenden Frauen und Mädchen sich nicht von dieser Verpflichtung durch Zahlung eines Jahresbetrages von 6 M. an die Stadtkasse befreien.

Nun werden sicher auch die Männer regelmäßiger und zahlreicher ihrer Feuerwehrlpflicht genügen und es wird in Heilsberg kein Mangel mehr an Feuerlöschmannschaften sein.

## Sociales.

Ein Schutzverband aller Heilbesessenen Deutschlands ist laut Beschluß des diesjährigen Kongresses aller Landesheilbesessenen im Leben getreten. Derselbe hat ein Syndikat mit einer Auskunftsstelle begründet und begreift durch Agitation, Auskünfte und Rechtschutz die Wahrung der Interessen aller nicht approbierten und diplomierten Heilkünstler, deren es in Deutschland etwa 15 000 giebt.

Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich in Oramenburg.

Genossenschaftskongress in Belgien. Der franco-belgische socialdemokratische Kongress der Genossenschaften (Cooperative) vereinigte sich Mittwoch im Brüsseler Volkshaus. Er beschloß Handelsbeziehungen zwischen den nationalen Organisationen zu schaffen. Specieell für Belgien wurde beschlossen ein Centralmagazin der Genossenschaften in Brüssel zu gründen. Weiter wurden die besten Mittel besprochen, um die Genossenschaftler zu bewußten Socialdemokraten zu machen. In einer glänzenden Rede feierte Anseele die Ehe des Socialismus und des cooperativen Gedankens.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

An die organisierte Arbeiterschaft Berlins und der Vororte! Arbeiter, Parteigenossen! Da zur Zeit die grüne, von der Organisation eingeführte Kontrollkarte unsere einzige und beste Waffe ist, um unsre vor dem Einigungsamte festgelegten Forderungen hoch zu halten, so ersuchen wir dringend, jetzt mehr denn je nach der Kontrollkarte zu fragen. Die Arbeitgeber ziehen ihre Arbeitskräfte von andern Arbeitsnachweisen heran, da ihnen dieselben unter dem festgelegten Tarif zur Verfügung stehen und das sind diejenigen, welche uns bei unserm Streik in den Rücken gefallen sind.

Arbeiter, Parteigenossen! Weidet alle diese Geschäfte, wo Ihr nicht die grüne Karte am Spiegel vorfindet, und zwar auch diese Seite sichtbar sein, wo die abgeimpelten Wochen (jezt die 40. Woche) deutlich zu erkennen sind. Gleichzeitig ist die Kontrollkarte der Ausweis der Zugehörigkeit zur Organisation.

In der Nummer 228 ist unter anderem Tobias, Falken-Steinstr. 45, als geipert veröffentlicht worden. Es hat sich herausgestellt, daß er sämtliche Forderungen anerkennt und auch bewilligt hat.

Die Lohncommission der Barbiers Berlins und der Vororte.

In Rixdorf sind folgende Geschäfte geipert: Pawlsek, Hermannsplatz 4; Trenner, Herfurthstr. 34; Knöfler, Hoberstr. 8; Cieslisch, Zägerstr. 2; Hohenwald, Wilmannsstr. 48.

Lohncommission der Barbiers Rixdorfs.

J. A. Wal. Brohert.

In Charlottenburg muß auf der Kontrollkarte das 12. Feld abgeimpelt sein. Geipert sind folgende Geschäfte: Redmann, Schillerstr. 92; Schmidt, Kantstr. 100; Kabe, Wilmannsstr. 30, Ede-Krammestraße; Pieske, Wilhelmplatz; Goltz, Schloßstr. 36; Horstmann, Köfer Friedr. Str. 54; Wlasode, Stutigartenplatz 1a; Delze, Wilmersdorferstr. 124; Schmeltz, Schillerstr. 43; Vaegevsch, Goethestr. 47.

Lohncommission der Barbiers Charlottenburgs.

Achtung, Zimmerer! Laut Vertrag beträgt von nächster Woche ab bis 15. November die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden, und zwar von 7 1/2 bis 5 Uhr mit 1/2 Stunde Frühstück und 1 Stunde Mittag. Wir geben dieses mit dem Bemerkten bekannt, die angegebene Arbeitszeit strikte inne zu halten. Ferner soll auf jedem Bau oder Platz der Vertrag ausgehängen. Ist dieses nicht der Fall, so muß es unverzüglich geschehen, und sind Exemplare des Vertrags im Bureau, Engel-Ufer 15, sowie bei den Bezirksämtern zu haben.

Die Verbandsleitung.

Achtung, Schuhmacher! In der mechanischen Schuhwaren-Fabrik von Jeschke, Katharinenstraße, waren dadurch Lohnunterschieden entstanden, daß die Zwieler eine Erhöhung der Lohnsätze von 3 Pf. pro Paar verlangten, da Herr Jeschke weit unter den sonst üblichen Lohnsätzen bezahlt. Trotzdem jedoch die Zwieler aus Anlaß besonderer Verhältnisse von der Aufrechterhaltung der Lohnforderungen Abstand nahmen, wurden mehrere an der Bewegung beteiligte Arbeiter entlassen.

Ortsverwaltung des Verbandes deutscher Schuhmacher.

Achtung, Metallarbeiter! In Sondershausen sind bei der Firma Fild u. Cie. Differenzen ausgebrochen. Da die Firma von Berlin Arbeitskräfte heranzuziehen sucht, thun die Kollegen gut, bei Arbeitsangeboten nach außerhalb sich immer erst an unser Bureau, Engel-Ufer 15, zu wenden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Zur Beendigung des Hamburger Kupferschmiede-Streiks schreibt das „Hamburger Echo“: Die Arbeiter mußten den Streik, nachdem er rund fünf Monate gewährt hat, aufgeben, da eine weitere Fortsetzung desselben als aussichtslos erschien. Die Unternehmer hatten alles darangesetzt, um die Arbeiter niederzuzwingen, und keine Kosten wurden gespart, um dieses Ziel zu erreichen. Schiffe, die wegen des Streiks nicht hier fertiggestellt werden konnten, wurden nach Rotterdam und anderen ausländischen Orten geschickt, um dort fertiggestellt zu werden. Agenten bereisten das In- und Ausland, um Arbeitswillige anzuwerben, und faulstüchtige Lügen wurden über die Ursache des Streiks verbreitet. Die Unternehmer haben sich die Wiederherstellung der Kupferschmiede, die treu zusammenhielten, etwas kosten lassen. Diese Kosten stehen in gar keinem Verhältnis zu den bestehenden Forderungen der Kupferschmiede; auf viele Jahre hinaus hätten diese für die vorausgabten Summen bewilligt werden können. „Es ist erreicht!“ können die Unternehmer ausruhen, die auch eine Revision des im vorigen Jahre vereinbarten Lohntariffs vorgenommen haben. Die Abweichungen sind jedoch nur geringfügiger Natur. Der Stundenlohn beträgt für Arbeiter über 21 Jahre 45, für jüngere Arbeiter bis 40 Pf. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Für Überstunden werden 25 Proz. für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit 50 Proz. und für die Arbeit an den ersten Feiertagen 100 Proz. Zuschlag bezahlt. Als Arbeitsnachweis gilt die Nachweisstelle des Verbandes der Eisenerzeuger Hamburgs, das ist das dortige Nachrichtenbureau am Kranienkamp. — Was Freitag sind erst zusammen fünfzehn Kupferschmiede eingestellt worden. Viele Kupferschmiede haben es vorgezogen, Hamburg den Rücken zu kehren.

Der Ausstand der Tabakarbeiter in Nordhausen dauert unverändert fort. Wenn die Fabrikanten hofften, daß sich zum Mietzahlungsstermin aus den Reihen der ausgesperrten Arbeitswilligen in großer Zahl finden würden, so sind sie, wie immer, arg enttäuscht worden. Am letzten Montag fand sich ein ganzer Spinner, der die Arbeit bei der Firma G. A. Kneiff aufnahm. Die große Masse der Ausständigen steht geschlossen den Verhörungen der Fabrikanten, die es sich gegenwärtig angelegen sein lassen, sogar persönlich bei einzelnen vorzusprechen, gegenüber. Am vergangenen Montag wurde eine Mietentschädigung in Höhe von 3800 M. an verheiratete Ausständigen ausgezahlt. Die Forderung der Fabrikanten, dem Komitee bis Dienstag die Antwort zugehen zu lassen, ob sie geneigt seien, mit ihren Fabrikkommissionen zu verhandeln, ist bis jetzt noch nicht eingetroffen. Mag sie aber auch ausfallen wie sie wolle, die Ausständigen und mit ihnen die Klassenbewußte Arbeiter-schaft Deutschlands werden sie zu würdigen wissen und ihre Taktik danach einrichten.

Ausland.

Aus der Schweiz. Nach mehr als einjähriger Unterhandlung zwischen Vertretern der Buchdruckerhilfen und Buchdruckereibesitzern in Zürich ist eine Einigung dahin zu Stande gekommen, daß der wöchentliche Minimallohn von 84 auf 85 Fr. und die Berechnungsfläche um 10 Proz. erhöht werden. Bezüglich der Tarifverhältnisse der Maschinenmeister werden die Unterhandlungen fortgesetzt. — In Brunnent freiten die Arbeiter der Uhrenfabrik von Volvin, Mamin, Fafet u. Cie. wegen Verletzung des Parisis. — In der Färberei und Druckerei von Lindemeyer in Kleinbünningen bei Basel haben die Drucker wegen Lohnreduktion die Arbeit eingestellt. — Der Verband der Post-, Telegraphen- und Zollangestellten beschloß in seiner in Luzern abgehaltenen Delegierten-Versammlung, in Zukunft auch die Interessen der Angestellten der eidgenössischen Alkoholverwaltung zu vertreten, ferner gegen die Beschimpfung von Angestellten im Dienste bei der zuständigen Stelle Klage zu erheben und endlich wurde in einer Resolution Protest erhoben gegen das projizierte Aufheben gewisser Vorgesetzter und hauptsächlich auch gegen die Anfeindung der Organisationen, die einer Verletzung der Vereinsfreiheit gleich kommt, sowie gegen die verletzende Antwort der Zolldirektion betreffend Abgabe von Dienstbüchern, in welcher Anwesenheit der Generalsekretär, unser Genosse Willshlegler, beim Bundesrat vorstellig werden soll. —

Der Bergarbeiter-Streik im Lütticher Kohlenbecken ist jetzt, wie der Telegraph bereits gemeldet, allgemein. Sämtliche Gendarmen des ganzen Distrikts sind Tag und Nacht auf den Beinen, zahlreiche Patrouillen durchziehen die Orte, wo sich Kohlenhändler befinden. Die Streikenden ihrerseits durchziehen nach belgischem Brauch demonstrierend die Dörfer, und so ist es schon mehrfach zu Zusammenstößen zwischen Gendarmen und Streikenden gekommen. Dieser Tage ging ein Zug von Manifestanten in der Zahl von etwa 2000 von Seraing nach Saint Gilles. Sie durchzogen dabei auch Lütticher Gebiet und wurden dort von Gendarmen angegriffen, die eine förmliche Attatde auf sie machten. Zahlreiche Verhaftungen von Streikenden werden aus dem ganzen Gebiet gemeldet. Die zwei auf dem Bahnhof von Jemeppe verwundeten Arbeiter befinden sich noch in Arrest, und es soll demnächst gegen sie prozessiert werden. —

Die Angestellten der italienischen Sekundär- und Dampfstraßenbahnen haben dieser Tage in Mailand eine nationale Vereinigung gegründet. Zunächst sind dem Verband die Angestellten der zahlreichen Sekundärbahnen der Lombardei und des Tessin beigetreten. Der Verband hat sich den Arbeitskammern angeschlossen und soll mit Hilfe derselben Ausbreitung über das ganze Königreich finden.

Aus Havre (Frankreich) meldet Wolffs Bureau: Die Genossenschaft der Arbeiter der Handelsmarine hat beschlossen, heute in den Ausstand zu treten.

Geriichts-Beitrag.

Der Restaurateur Otto Klein aus Rixdorf, der früher als sozialdemokratisches Mitglied der dortigen Gemeindevertretung angehörte, stand gestern vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II. unter der Beschuldigung, im Jahre 1899 den minderjährigen Kindern der Frau Sandkorn, die zu den Schindlischen Erben gehörte, Preussische Konjols im Gesamtwert von 5157 Mark unterschlagen zu haben. Klein ist demnach damals als Geisteskranker der Irrenanstalt Herzberge zugeführt worden, wo er bis zum 19. April 1900 blieb. In der geistigen Verhandlung gab Klein an, die Papiere seien ihm auf unerklärliche Weise abhanden gekommen. Im übrigen wollte er sich absolut an nichts mehr zu erinnern vermögen, was den Vorfall betraf, sofort den psychiatrischen Sachverständigen Dr. Kortum zu vernehmen, der Oberarzt der Anstalt Herzberge ist. Dieser behauptete, daß der Angeklagte zur Zeit seines Aufenthalts in Herzberge tatsächlich unzurechnungsfähig war. Ob er dies auch zur Zeit der That war, lasse sich nur nach längerer Beobachtung bestimmen. Der Gerichtshof beschloß daher — trotz des Widerspruches des Angeklagten — diesen sechs Wochen lang in der Anstalt Herzberge auf seinen Geisteszustand beobachten zu lassen.

Daß ein wegen schweren Diebstahls vorbestrafter Mann in Berlin Polizeibeamter werden und sogar bis zum Polizeiwachmeister aufsteigen kann, sollte man kaum für möglich halten, und doch ist diese Thatsache in einem gestern vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I anstehenden Termin festgesetzt worden. Der stillere Polizei-Wachmeister Bernhard Schulte, der seit Mitte Juni in Untersuchungshaft sitzt, ist des Mordes verdächtigt. Es wird ihm zur Last gelegt, Strafanzeigen, die von Schulpfleuten gegen einen Schankwirt wegen Gewerbesteuererhebung erteilt worden waren, nicht weitergegeben, sondern unterdrückt und darauf bezügliche Eintragungen in das Gewerbejournal verfaßlich bzw. beseitigt zu haben. Aus der Feststellung der Personalien des Angeklagten durch den Vorsitzenden ergab sich die überraschende Thatsache, daß Angeklagter, der 6 Jahre lang in Dienste der Berliner Schynmannschaft tätig war, außer wegen Körperverletzung in den Jahren 1894 und 1896 auch schon wegen schwerer und einfacher Diebstahle, das eine Mal mit

vier Monaten, das andre Mal mit 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis vorbestraft ist. Nach Verbüßung der letzten Strafe ist er zum Militär gekommen, hat kapitalisiert und ist sieben Jahre beim Militär geblieben. Er hat sich dort außerordentlich gut geführt, und beim Militär scheint über seine Vorkrafen Grad gewachsen zu sein, denn sonst wäre es wohl kaum möglich gewesen, daß er im Jahre 1895 bei der Berliner Schutzmannschaft eintraten konnte. Vor zwei Jahren ist er sogar zum Wachtmeister befördert worden. — Vor Eintritt in die eigentliche Verhandlung stellte Rechtsanwalt Dr. Halper ein Verlangen, weil ihm der Angeklagte noch im letzten Augenblick ein sehr umfangreiches schriftliches Verteidigungsmaterial übergeben habe. Bei der Schwere der Anklage, die nach der Behauptung des Angeklagten auf unzutreffenden Voraussetzungen beruhe, halte er es für seine Pflicht, um Gewährung einer Frist zur Durchsicht des neuen Materials zu bitten. — Der Gerichtshof entsprach diesem Antrage und vertagte die Verhandlung.

Daß das Spiel den Charakter verdirbt, zeigte wieder einmal eine Anklage wegen Körperverletzung, die den Kritiker Parzalan gestern vor das Schöffengericht führte. Der Angeklagte — eine Verlesungsgefall — gehörte zu den Stammgästen eines Schankgeschäfts, in dessen Räumen allerlei lustiges und fahrendes Volk zusammen zu treffen pflegt. Bei solchen Gelegenheiten wird auch mitunter die Parole „Meine Tante — Deine Tante“ ausgegeben und die Gemüter erhitzen sich dabei oft mehr als nötig ist. Ein besonders erregbares Gemüt scheint der Angeklagte zu besitzen. Eines Tages spielte er mit einem Bekannten in jenem Schanklokal wiederum das erwähnte Spiel. Er hatte dem andern anfänglich Geld zum Spielen geliehen, es aber zurückhalten und als er dann selbst Ebbe in seinem Portemonnaie spürte, hat er den Partner gebeten, ihm mehr 5 M. zum Weiterspielen zu leihen. Dies war rüdweg abgelehnt worden. Darob entbrannte in seiner Brust ein grimmig-giftiger Vorn: er erhob sich mit solchem Glanz, daß sein Nachbar sofort vom Stuhl zu Boden fiel und schlug seinen ungeschicklichen Spielgenossen mit der geballten Faust bestig ins Auge. Der Zeuge behauptet, der Schlag sei so wichtig gewesen, daß er gleich „drei Meter weit“ geschleudert worden sei und mit einer eiergroßen Anschwellung über dem Auge am Boden gelegen habe. Der Angeklagte soll dann sogar noch weiter auf ihn eingedrungen sein und ihm mit dem Stiefelabsatz mehrere Tritte nach dem Kopf gegeben haben. Staatsanwalt Veedh beantragte zwei Monate Gefängnis, während Rechtsanwalt Mejerstein als Milderungsgrund geltend machte, daß der Angeklagte, der über einen Lebensjahrs an Kraft gebiete, sich von seinem leicht erregbaren Temperament habe hinreichend lassen. — Der Gerichtshof erkannte auf einen Monat Gefängnis.

Versammlungen.

Die Reorganisation im fünften Wahlkreis.

Der sozialdemokratische Verein für den fünften Berliner Wahlkreis beschäftigte sich am Donnerstag in einer Generalversammlung mit dem von der Zünfterkommission ausgearbeiteten Entwurf zu einem neuen Statut. Nach dem § 6 sollen in Zukunft vom Wahlverein gewählt werden und zu dessen Vorstand mitgehören: Der Vertrauensmann (dem die äußeren Agitationsarbeiten zugewiesen werden), die zwei Mitglieder der Prek-Kommission, das Mitglied zur Lokalkommission, sowie das Mitglied zur Agitationskommission für die Provinz Brandenburg.

Genosse Leopold Piesmann hatte das Referat übernommen. In einstündigem Vortrage empfahl er die vorgeschlagene Reorganisation. Nachdem das Verbindungsverbot des § 8 des Vereinsgesetzes gefallen, müge man damit nur einen gegebenen Vorteil aus. Freunde und Feinde der vorgeschlagenen Änderungen seien sich darin einig, daß eine straffe Partei-Organisation von größtem Nutzen wäre. Aber man wende z. B. ein, das alte System mit seiner Befugung der Vertrauensämter durch öffentliche Volksversammlungen habe sich bewährt. Das bestreite er entschieden. Erzieherisch wirken könne nur die Organisation, sie allein könne den notwendigen Nachwuchs heranbilden. Wenn in den Berliner Wahlkreisen von 1893 bis 1898 eine prozentuale Minderang der sozialdemokratischen Stimmen eingetreten sei, wenn von 152 000 sozialdemokratischen Wählern nur 13 000 politisch organisiert waren, dann sei das die Schuld des alten Systems, welches die Agitation nicht in die Hände der Organisation legte. Auch das Verhältnis zwischen der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und der der Mitglieder unter politischen Organisation müsse bedenklich stimmen. Ueberhaupt gehöre die Erörterung und Erledigung unserer inneren Partei-Angelegenheiten in die Organisation. Vor der Volksversammlung habe er nur einen bedingten Respekt. Es werde uns auch entgegengestellt, wir schloßen die Frauen von der Parteithätigkeit aus. Nun, dem haben hundert Frauen, das wir vielleicht gewinnen, ständen in Berlin 88 000 politisch noch nicht organisierte Gewerkschaftsmitglieder gegenüber, die wir gewinnen müßten. Uebrigens sei man im fünften Wahlkreis galant gewesen und habe im vorigen Jahre eine Frau zum Parteitag geschickt. Und schließlich hätten ja die Frauen ihre eigene Organisation und die Möglichkeit, selber Delegierte zu wählen. Redner wandte sich dann heftig gegen einen Beschluß der Berliner Vertrauensmänner-Körperschaft, die Vertreter der Wahlkreise, wo die Komter vom Wahlverein besetzt werden, aus der Vertrauensmann-Körperschaft auszuschließen und die betreffenden Kommissionsmitglieder nicht zu den Kommissions-sitzungen heranzuziehen. Die Vertrauensleute des fünften Kreises hätten gewagt, diesen Beschluß zu fassen ohne sich vorher mit den Genossen, die die Träger der Organisation seien, in Verbindung zu setzen. Das wäre eine Diktatur, die man sich nie und nimmer gefallen lassen könne. Zum Schluß trat Redner noch einmal lebhaft für das vorgeschlagene Statut ein. Die Leute, die alle Arbeit machten und ihre Haut zu Markte trügen, müßten auch das Bestimmungsrecht haben über die wichtigsten inneren Angelegenheiten der Partei, über die Besetzung der Vertrauensämter, nicht aber eine Volksversammlung, deren Zusammensetzung vom Zufall abhängt.

Genosse Friedländer als erster Diskussionsredner bestricherte die Beibehaltung des alten Zustands. Alles, was man von dem neuen System erwartete, wäre auch so möglich. Das schlimmste an der Reorganisation sei der Ausschluß der Frauen. Alle Volksversammlungen, die der nach dem empfohlenen Statut im Verein gewählte Vertrauensmann einberiefe, würden von der Polizei als Versammlungen des Wahlvereins, an denen Frauen nicht teilnehmen dürfen, behandelt werden, denn das Statut lasse den Vertrauensmann lediglich als Funktionär des Vereins erscheinen. Selbst Auer habe bei Festlegung unseres Partei-Organisationsstatuts es für eine sozialpolitische Pflicht erklärt, auf die Genossinnen Rücksicht zu nehmen. Die Mehrheit habe damals nur unter der Voraussetzung dem Organisationsstatut zugestimmt, daß den Frauen alle Rechte der Männer in der Partei zugestanden würden. Von dem bisherigen Zustande dürfe schon deswegen nicht abgegangen werden, weil die Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben ein Prinzip der Sozialdemokratie sei. Dabei komme es gar nicht darauf an, ob es nur wenige Frauen seien, die in die öffentlichen Parteiversammlungen kämen.

Genosse Wels tritt für die Reorganisation ein, ohne alle von Piesmann geltend gemachten Gründe anzuerkennen. Wie schädlich es sei, die Vertrauenspersonen außerhalb der Organisation zu wählen, habe seinerzeit ein Konflikt zwischen den Vertrauensmännern und dem Wahlkomitee, sowie den dahinter stehenden Genossen bewiesen. Die Volksversammlungen, deren Verschwinden die Gegner der geplanten Erneuerung befürchteten, würden auch zukünftig im Rahmen unserer Parteiarbeit nicht fehlen.

Genosse Dr. Karl Liebknecht wünschte die Ablehnung des Reorganisationsplanes, indem er hinsichtlich der Beteiligung der Frauen sich im wesentlichen dem anschloß, was Friedländer gesagt hatte. Auch meinte er, es gäbe für manche Parteigenossen zwingende Gründe, sich vom Wahlverein fernzuhalten — abhängige Stellung z. — während sie unter dem jetzigen Vertrauensmänner-System mit feinen öffentlichen Versammlungen geru mitthäten. Der Wahlverein läme, nach Einführung der Erneuerung wohl etwas besser weg, die Partei

werde aber schlechter dabei fahren. Eine so in sich abgeschlossene Organisation, wie sie geplant sei, erschwere auch das Werben neuer Anhänger, auf das es uns doch ankomme. Er bestreite auch die Kompetenz des Wahlvereins, sich die vorgegebenen Rechte anzuzueignen, darüber müsse eine öffentliche Versammlung beschließen.

Genosse Robert Schmidt: Er lege der Reorganisationsfrage keine sehr hohe Bedeutung bei. Wenn er dennoch sachlich dafür eintrete, dann bestimme ihn dazu die schon gerügte Stellungnahme der Vertrauensleute gegenüber den Reorganisationsplänen, in der er eine Art der Diktatur sehe, die er auf das entscheidendste belämpfen müßte. In was müßten wir unsere Organisationen in ganz Berlin schablonisieren? Wenn er auch nicht viel von der Reorganisation erhoffe, so bedeute sie doch eine wesentliche Vereinfachung der Partei-Organisation. Die dagegen geltend gemachten Gründe könne er nicht anerkennen. Im fünften Wahlkreis habe man das Hauptgewicht der Parteithätigkeit so wie so schon in letzter Zeit in die Organisation gelegt, so daß man jetzt gar keine großen Änderungen machen wolle. Volksversammlungen seien nicht da, innere Partei-Angelegenheiten zu erledigen, sondern zum Betreiben der Agitation. Damit sei auch ihre Kompetenz erledigt. Um die Parteigenossen beim Wort zu halten in Bezug auf die Anerkennung der Gleichberechtigung der Geschlechter, und um den Frauen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, empfehle er die Annahme folgender Resolution:

„Um den Frauen innerhalb der Partei Gelegenheit zu regerer Mitarbeit zu geben, sowie auch entsprechend unserem Standpunkt der Gleichberechtigung der Frauen in politischen und öffentlichen Leben, stellt der sozialdemokratische Verein im 5. Berliner Wahlkreis an die Vertrauensleute von Berlin das Verlangen, daß sie zu ihren gemeinsamen Beratungen, soweit sich solche zur Erledigung innerer Partei-Angelegenheiten als notwendig erweisen, zwei in öffentlicher Versammlung der Frauen gewählte Vertreterinnen hinzuziehen. Zugleich beantragen wir, daß die Frauen je zwei in öffentlicher Versammlung gewählte Vertreterinnen in die Lokalkommission und Prek-Kommission als Mitglieder entsenden. Um das Organisationsstatut der Partei nicht zu verletzen, erhalten die weiblichen Mitglieder in der Prek-Kommission vorläufig nur beratende Stimme. Die Agitation soll von den Frauen möglichst selbstständig betrieben werden; sofern sie aber eine Unterstützung von der Agitationskommission der Provinz Brandenburg verlangen, soll diese ihnen fördernd zur Seite stehen.“

Wegen der vorgeklärten Zeit beschloß die Versammlung, die Einzelberatung der Bestimmungen des Statutenentwurfs anzusetzen und vorläufig nur Entscheidung zu treffen darüber, ob in Zukunft die Vertrauensleute sowie die Mitglieder der Prek-Kommission, der Lokalkommission und der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg im Wahlverein gewählt werden sollen. 76 Mitglieder stimmten dafür, 44 dagegen. Somit ist die Reorganisation in der Hauptsache beschlossen.

Die Resolution Robert Schmidts wurde fast einstimmig angenommen und einstimmig beschloß die Versammlung:

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den fünften Berliner Wahlkreis erhebt energischen Protest gegen die Absicht der früheren Vertrauensleute, den fünften und sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis sowie den Kreis Teltow-Weeslow von der gemeinsamen Arbeit in Berlin und seiner Umgebung auszuschließen, weil diese Kreise die Wahl der Parteibeamten in den Wahlvereinen vornehmen. — Wir halten es für unser gutes Recht, alle Arbeiten im Kreise so einzurichten, wie es die organisierten Genossen für nützlich erachten, und denken nicht im entferntesten daran, deshalb die nötigen gemeinsamen Aktionen hintenan zu setzen, und wir verlangen nach wie vor die Teilnahme daran.“

In der Generalversammlung der Ortsklasse der Barbier, die am 30. September stattfand, kam es zu außerordentlich lebhafter Debatte zwischen den am selben Tage gewählten Arbeitgebers-Delegierten, die der Freien Vereinigung angehören, und den Delegierten der Arbeitnehmer. Mitglieder des Gehilfenverbandes. Anlaß boten folgende Anträge des Vorstandes: 1. Die Erhöhung des durchschnittlichen Tagelohns von 2,70 auf 3 M., 2. Erhöhung der Beiträge und Vereinfachung der Verwaltung. Starbaum als Sprecher der Arbeitgeber belämpfte sämtliche Anträge in recht auffälliger Weise. Er meinte, die Erhöhung der Gehilfen sei durch Erhöhung des Tagelohns in Frage gestellt. Er will Anlaß nehmen, daß dieses den Arbeitern bekannt wird. Für Erhöhung der Beiträge könne er sich nicht erwärmen. Der Verwaltung machte er den Vorwurf, daß sie nicht in der Lage ist, diese richtig zu führen, da dieselbe aus lauter Mitgliedern des Verbandes bestehe. Dieser Vorwurf wurde von Tier und Hinzmann energisch zurückgewiesen, da er jeder Begründung entbehre. Sämtliche Anträge des Vorstandes fanden Annahme, nachdem die Arbeitgeber den Saal verlassen hatten. Am andren Morgen wurde der Arbeitnehmer-Vertreter Hinzmann, Koloniestr. 127 in Arbeit gewesen, sofort entlassen.

Treptow-Baumhulenberg. Am Montag, den 30. September, fand im Lokal „Drachenburg“ vor dem Schlesienschen Thor eine Gemeindevähler-Versammlung statt mit der Tagesordnung: Welche Vorteile erwachsen der Gemeinde, wenn Sozialdemokraten in die Gemeindevertretung gewählt werden? Stadtv. Gen. Dr. Silberstein - Kirchorst legte in kurzer aber wirkungsvoller Weise den Zweck und die Aufgaben eines Sozialdemokraten innerhalb der Gemeindevertretung dar. Daran schloß sich eine lebhaft Diskussions, die mit der Aufforderung an die Anwesenden endete, daß am Tage der Stichwahl, Dienstag, den 1. Oktober, jeder seine Schuldigkeit thun möge, damit unsere Kandidaten Gerisch und Karow den Sieg erringen.

Landtagswahlen in Baden.

Ueber die gestern stattgefundenen Wahlmännerwahlen in Baden erhalten wir folgende telegraphische Mitteilungen:

In Mannheim wurden 378 sozialdemokratische gegen 142 nationalliberale Wahlmänner gewählt. 1897 war das Resultat das folgende: Sozialdemokratische Wahlmänner 335, Nationalliberale 178. Das Mannheimer Mandat bleibt uns also erhalten.

In Karlsruhe verloren wir beide Siege. Es wurden gewählt 240 Ordnungswahlmänner gegen 160 sozialdemokratische. Die Urwählerstimmen ergaben eine sozialistische Mehrheit. Die beiden Karlsruher Siege waren vor vier Jahren mit 228 sozialdemokratische gegen 195 nationalliberale Wahlmänner erobert worden. Um uns den Sieg freitig zu machen, hatten sich diesmal die Nationalliberalen ganz offen mit den Freistimmigen Richterscher Conleur verbündet.

Sforzheim wählte ebenfalls nationalliberal. Sforzheim-Land vom Socialisten Eichhorn mit großer Mehrheit gewonnen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Züsti, 4. Oktober. Der Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Züsti, v. Sander, ist, wie die „Züstiger Zeitung“ meldet, in der vergangenen Nacht gestorben.

Neapel, 4. Oktober. (B. Z. W.) Der Zustand aller Kranken im Lazarett Ribba hat sich erheblich gebessert, die 133 Personen, die isoliert worden sind, befinden sich ganz wohl. Die Desinfizierung des Freihauses wird energisch fortgesetzt. Baumwollballen, in welchen man tote Ratten fand, wurden verbrannt. Auch in Rom wurden zwei verdächtige Fälle gemeldet, doch hat sich nach ärztlicher Untersuchung herausgestellt, daß hier durchaus keine verdächtigen Erkrankungen vorliegen.

London, 4. Oktober. (B. Z. W.) Nach der letzten Verlustliste verlor die Abteilung des Obersten Keltowich bei dem letzten Angriff Delareys, vor einer Anzahl leicht Verwundeter abgesehen, 45 Tote und 114 Verwundete.

Berliner Partei-Mugelegenheiten.

Zum Organisationsstreit im sechsten Wahlkreis

Schreibt uns Genosse Vorkmann: Genosse Ledebour hält es für angedacht, seine „Versöhnungsversuche“ in den Spalten des „Vorwärts“ weiter fortzusetzen; ihn daran zu hindern, habe ich nicht die Macht noch den Willen, obwohl ich diese Art, Zwistigkeiten aus der Welt zu schaffen, nicht für die richtige halte. Immerhin kann ich auch diesmal nicht unterlassen, zu L's Ausführungen einige Bemerkungen zu machen. Das persönliche Moment hat L. darin gefunden, daß unter den Gründen für die Notwendigkeit einer Statutenänderung auch der Wunsch nach Aenderung der Bestimmungen für Vorbereitungen von Reichstagskandidaturen geltend gemacht worden waren. Demgegenüber stelle ich fest, daß es solche Bestimmungen gar nicht gibt, weder im alten noch im neuen Statut. Weiter stelle ich fest, daß in der ganzen Zeit der Beratung der Organisationsänderung keinerlei Aenderungen geflossen sind, die auf die Person des Abgeordneten Ledebour Bezug gehabt hätten, oder daß so etwas zu befürchten gewesen wäre. Wohl ist man auf die Vorgänge bei der letzten Reichstagswahl zu sprechen gekommen, aber diese Dinge haben mit L's Person auch nicht das geringste zu tun. Die Parteigenossen, namentlich die Mitglieder des Wahlkreises, hatten sich schon immer beschwert, daß sie von dem inneren Leben der Partei zu wenig oder meiß-gar nichts erfahren haben, oder sich schon vor eine vollendete Thatsache gestellt sahen. Dieser Zustand, welcher noch aus der Zeit des Ausnahmegesetzes herrührte, hatte schon immer dieses Blut gemacht, dem fast wurde der Boden ausgehoben gelegentlich der letzten Reichstagswahl. Obwohl die Kandidatur entschieden war, die Epochen der Namen des Kandidaten von den Dählern pflüchten, mußten die Genossen beinahe 14 Tage warten, ehe sie etwas Bestimmtes erfahren konnten. Diese unter den heutigen Verhältnissen ganz unbedeutende Geheimniskrämerie erbot die Genossen und zwar mit vollem Recht, sie fühlten sich deklariert und forderten stänmisch die Beseitigung dieses Zustandes. Ledebour ist für diese Dinge um so weniger verantwortlich, als er ja damals noch in Dresden war, seine Person schied also von selbst aus, er konnte sich also deswegen ganz ruhig an den Beratungen beteiligen. Der einen Disziplinbruch begangenen hat, ist noch nicht entschieden. Wir behaupten, daß der Beschluß der Majorität gegen den Beschluß des Mainzer Parteitag verstoßt. (Antrag, 72.) Der Parteitag ist unsere höchste Partei-Instanz, seine Beschlüsse verlegen, ist zweifellos ein Disziplinbruch. Die Schönhauser Vorstadt will dieses Vergehen nicht mitmachen, und das soll nun auch ein Disziplinbruch sein. Dazu kommt, daß die gesamte Berliner Partei-Organisation auf dem Vertrauensmännersystem beruht und erst zu Ende des verflorenen Jahres über ganz Berlin beschlossen wurde, dasselbe aufrecht zu erhalten, und daß von den Vertrauensleuten des 6. Wahlkreises die Erklärung abgegeben wurde, alles zu thun, um dieses System aufrecht zu erhalten. Die Berliner Vertrauensleute nennen das auch einen Disziplinbruch, Ledebour sagt freilich, sie sind parteilich.

Ledebour beruft sich in seinen weiteren Ausführungen auf Mitteilungen, die ihm von Versammlungsbesuchern gemacht worden sind; ich halte es für ganz unzulässig, solche einseitige Darstellungen als Unterlage für eine Pressebude zu benutzen, das tutet mich an wie Klatsch.

In meiner Entgegnung am 3. Oktober habe ich behauptet, daß nur ein Redner auf das Telegramm eingegangen ist, und das halte ich aufrecht. Daß Jostheimen gefallen sind, habe ich nicht bestritten. Die Ungeschicklichkeit der Absendung des Telegrammes war, beweist ja gerade diese Aufnahme; seit wann rüht man denn abgesehen einer Vollversammlung mit einem solchen Telegramm zu Leibe? Das war eine taktische Ungeschicklichkeit und konnte gar keine andere Wirkung haben, als es gehabt hat. Hätte sich Ledebour mit ein paar vernünftigen Leuten besprochen, ich bin überzeugt, das Telegramm wäre nicht zur Absendung gekommen. Die Ledebour dazu kommt, von mir zu verlangen, daß ich auf Einigungsversuche Bezug nehme, die erst in nächster Zeit zum Beschluß erhoben werden können, begreife ich nicht. Ich halte darzuhalten, daß die Genossen zu Verständigungen geneigt sind und das konnte ich nicht besser thun, als dadurch, daß ich ihre Beschlüsse veröffentlichte.

Wenn zum Schluß Ledebour dem Gedanken Raum giebt, daß während der Zeit, wo die Einigungsverhandlungen schweben, die Distrikte über die Streitfrage in einer Vollversammlung fortgesetzt werden solle, so halte ich dies ungefähr für das Verkürteste, was geschehen könnte. Finden diese Versammlungen in andern Vorstädten statt, so wird von und wohl niemand erscheinen; sollen die Versammlungen in der Schönhauser Vorstadt stattfinden, dann werden wir uns darüber zu unterhalten haben, gegebenenfalls unsern Mann in der Versammlung stellen.

Zum Schluß erkläre ich, mag kommen was will, auf weitere Aenderungen in der Presse lasse ich mich nicht ein. Berlin, 4. Oktober 1901.

D. Vorkmann.

Zu den vorstehenden Ausführungen habe ich nur folgendes zu bemerken:

Dem Genossen Vorkmann wiederfähet das Unglück wiederholt, daß er in dem einen Satz bestätigt, was er vorher in einem andern bestritten hat. So in seinen Betrachtungen über die Gründe, die maßgebend gewesen sind für meine Nichtbeteiligung an der Statutenberatung. Daß irgend jemand mich persönlich angegriffen hätte, habe ich gar nicht behauptet; nur das, was Vorkmann jetzt selbst zugiebt, dränge mich die Ueberzeugung auf, daß ich als Abgeordneter mich von den Verhandlungen fern halten müßte. Nur einer Verdrehung meiner Worte muß ich hier entgegenreten. Ich habe nicht gesagt, die Berliner Vertrauensleute seien parteilich, sondern: der Antrag, ihnen in dem Schiedsgericht Sitz und Stimme zu geben, sei abgelehnt, weil sie in der Sache Partei seien. Ueber die Notwendigkeit zu meinem späteren Eingreifen noch irgend ein Wort zu verlieren, habe ich um so weniger nötig, da Vorkmann in seinen langatmigen Ausführungen völlig um die Frage herumgeht, auf die er vor allem zu antworten verpflichtet wäre, nämlich: weshalb er in der Versammlung vom 27. September die dissentierenden Genossen der Schönhauser Vorstadt nicht von der Gründung einer Sonderorganisation abgemahnt hat, die er selbst wenige Wochen vorher als eine Kibderlei verurteilt hat.

G. Ledebour.

Treptow-Baumshulenberg. Die Parteigenossen werden ersucht, Sonntag früh 8 Uhr zur Flugblatt-Verbreitung zahlreich zu erscheinen. Die Ausgabe der Flugblätter erfolgt im Restaurant Siffeld, Baumshulenbergstraße, und im Restaurant Zur Wienerbrücke, Wienerstraße (Berlin).

Montag, den 7. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet in Kermanns Festsaal in Baumshulenberg eine öffentliche Gemeindewähler-Versammlung statt. Tagesordnung: Warum müssen Socialdemokraten in das Gemeindepalament gewählt werden? Referent Stadtverordneter Emil Reherau. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen und alles daran zu setzen, damit unsere Kandidaten Gersch und Karow am Dienstag, den 8. Oktober, als Sieger aus der Stichwahl hervorgehen.

Weihensee. Die Genossen werden ersucht, sich am Sonntag, den 6. Oktober, morgens 7 1/2 Uhr, im Lokale von Gary, Weihenseestraße 5, zur Sammlung von Unterschriften in Alt-Weihensee einzufinden. Der Vorstand.

Waidmannslust. Sonntagnachmittag 4 Uhr hält der Wahlverein im Lokale Schweizerhäuschen von Aug. Kubin seine Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Schubert einen Vortrag über Politische Zeitfragen halten wird.

Vom Vorsitzenden des Wahlvereins für Schöneberg wird uns mitgeteilt, daß die Parteitagliste Nr. 204 des Kreises Zestow-Weesow-Storkow-Charlottenburg verloren gegangen. Die Parteigenossen werden hierauf aufmerksam gemacht und gebeten, dieselbe event. an Karl Weidemann, Schöneberg, Gothenstr. 1, abzugeben.

Lokales.

Der Milchkrieg

wird von den streitenden Parteien jetzt mit einer Erbitterung geführt, die kaum noch zu überbieten ist. Die Milchhändler wie die Milchbauern wenden sich in Flugblättern, Plakaten und Inseraten an die Bevölkerung und suchen, jeder in seinem Sinne, auf die Konsumenten einzuwirken. Die Milchbauern sind dabei von vornherein im Nachteil. Die Berliner Bevölkerung — und zwar nicht bloß die Arbeiterklasse, sondern verständigerweise auch die bürgerlichen Schichten — hat sich zum weitaus größten Teile auf die Seite der Milchhändler gestellt und ist augenscheinlich fest entschlossen, sich durch die Forderungen, die von der „Centrale für Milchverwertung“ (Milchcentrale) ausgehen, nicht irre machen zu lassen. Auch solche Konsumenten, die sonst nicht gut auf den Zwischenhändler zu sprechen sind, halten in diesem Kampfe zu den Milchhändlern — in der richtigen Erkenntnis, daß dabei das Interesse der konsumierenden Bevölkerung mindestens ebenso sehr in Frage kommt wie dasjenige der Händler.

Der Versuch, die Bevölkerung durch Veröffentlichung der angeblichen Resultate der Milchuntersuchungen gegen die Händler einzunehmen, dürfte vollständig mißglückt sein. Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“, die am eifrigsten für die Milchbauern scheidet, schreibt zwar noch Tag für Tag mit diesen Ergebnissen, aber die Betrachtungen, die sie daran knüpft, sind so matt, daß man annehmen muß, das Blatt glaube selber nicht an ihre Wirkung. Dabei ist es interessant, zu sehen, wie die „Deutsche Tageszeitung“ jetzt mit einem Male ihr warmes Herz für die Berliner Arbeiterbevölkerung entdeckt hat — dasselbe Blatt, das sich sonst nicht genug thun kann in bald albernem bald gemeinen Beschimpfungen der Arbeiter und ihrer Familien. Die Milchhändler haben in ihrer letzten Versammlung scharfen Protest gegen die ihnen gemachten Vorwürfe erhoben und — nicht mit Unrecht — darauf hingewiesen, daß das Ergebnis der regelmäßigen, durch die Polizei ausgeführten Untersuchungen ein ganz andres ist. Wir halten die Polizei zwar nicht für unschuldig, aber immerhin erscheint es auch uns schwer glaublich, daß in so kolossalem Umfang geübte Verschleierungen und Fälschungen der Milch ihr entgangen sein sollten. Die Händler haben in dieser Angelegenheit eine Weiswerbe an die Polizei gerichtet und um eine amtliche Klärung gebeten.

Die Nachrichten über den augenblicklichen Stand und die Aussichten des Kampfes lauten sehr verschiednen, je nachdem sie aus dem Hauptquartier der Milchbauern oder dem der Händler kommen. Von der Milchcentrale und der in ihrem Dienste stehenden Presse wird eifrig verbreitet, daß das Geschäft in den Läden der Centrale flott gehe. Dagegen wurde in der Versammlung der Händler mitgeteilt, daß die Centrale bis jetzt den größten Teil der von ihr zum Verkauf gestellten Milch auf dem Hofe behalten habe. Die Händler sitzen nach den von der Centrale ausgehenden Darstellungen ziemlich auf dem Trocknen und leiden unter allgemeinem Mangel an Milch. Diese Behauptung wird durch die Thatsachen widerlegt. Schwierigkeiten, Berlin auch ohne die in der Centrale genehmigten Milchbauern mit Milch zu versorgen, sind vorhanden, aber sie sind nicht bedeutend und keineswegs allgemein.

Vor den paar Läden der Centrale soll es vereinzelt zu Ruhestörungen gekommen sein. Wir wissen nicht, was daran Wahres ist; aber den Leitern der „Centrale für Milchverwertung“ könnte in der That kein größerer Gefallen geschehen, als wenn es ihnen durch solche Vorkommnisse erleichtert würde, die ihren Forderungen widerstehende Bevölkerung ins Unrecht zu setzen. Wir empfehlen besonders der Arbeiterbevölkerung, ruhig Wai zu bewahren. Es genügt vollständig, die Läden der Centrale und aller Händler, die keine ringfreie Milch führen, zu meiden. Wenn die Hausfrauen Berlin und der Vororte diese Mahnung streng befolgen, dann wird die „Centrale für Milchverwertung“ sehr bald von selber die Bude zumachen.

Ein neuer Kniff der Apotheker.

In verschiedenen Apotheken — z. B. einer in der Gegend des Bäcklingsplatzes und einer andern in der Nähe des Böttcher Wahn-hofs — werden gegen Willen der Kassenmitglieder Petitionen zur Unterschrift vorgelegt, mehr ohne daß diese über deren Inhalt genügend orientiert werden. Die Kassenmitglieder können nicht dringend genug gewarnt werden, irgend etwas zu unterschreiben, was sie nicht ganz gründlich vorher durchgelesen und geprüft haben. Denn diese Petitionen sind nichts andres, als Beschwerden über die gegenwärtige Regelung des Arzneibezugs, d. h. über die Zulassung nur einer beschränkten Zahl von Apotheken, und über die Kreditentziehung, für welche doch allein die Apotheker verantwortlich sind. Durch solche Beschwerden soll dann der Aufsichtsbehörde die Handhabe zum Eingreifen gegeben werden. An der Einsicht der Kassenmitglieder wird hoffentlich auch dies Wandel geübert. Es wird Sache jedes aufgeklärten Arbeiters sein, diejenigen seiner Arbeitskollegen, welche sich um solche Angelegenheiten sonst nicht zu kümmern pflegen, — und insbesondere werden das auch in diesem Falle die Unorganisierten sein — darüber aufzuklären, daß sie durch leichtfertige Abgabe ihrer Unterschrift die Kassen und damit sich selbst auf schwerste schädigen. Es ist schon heute erwiesen, daß der Kampf der Kassen gegen die Apotheker finanziell ein überaus erfolgreicher ist, daß zur Zeit die Kassen für Arzneikosten bedeutend geringere Aufwendungen machen als früher. Wir haben dies ja bereits zahlreich nachgewiesen. Diese Ersparnisse aber kommen in Form einer Verbesserung der Krankenfürsorge — reichliche Verabfolgung von Milch, Nährpräparaten, ausgebeutete Gewährung von Landaufenthalt, Aufnahme in Erholungsstätten usw. — den Kranken Kassenmitgliedern wiederum zu gute, so daß dieselben in ihrem ureigensten Interesse die kleinen Unbequemlichkeiten des gegenwärtigen Kriegszustandes willig ertragen sollten. Deshalb hätte sich jeder durch Unterschrift einer von den Apothekern ihm vorgelegten Petition die Sache der Kassen zu schädigen!

Neue Verhandlungen. Infolge eines „höheren Orts“ geäußerten Wunsches hat der Vorstand der „Vereinskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin“ sowohl die „Centralkommission der Krankenkassen“ wie den „Vorstand der Apothekenselbstverwaltung“ zu einer „zwanglosen Besprechung“ geladen, die wie ausdrücklich in der Einladung bemerkt ist, „als eine die, Parteien bindende Vergleichsverhandlung nicht gedacht ist“. Mit diesem Vorbehalt hat die Centralkommission die Einladung angenommen, und auch die Apotheker sollen eine Zusage erteilt haben. Ob die neuen Verhandlungen erfolgreicher sein werden, als die früheren, erscheint — insbesondere nach dem oben geschilderten neuerlichen Vorgehen der Apotheker — allerdings zweifelhaft.

Aus der Magistratskammer vom Freitag. Die Direktion des Berliner Tonkünstler-Orchesters hat den Magistrat ersucht um Ueberlassung des Festsaales im Rathause an je einem Wochenabend zur Veranstaltung von großen volkstümlichen Konzerten. „Klassische Konzerte“ sollen diese musikalischen Darbietungen benannt werden. Der Eintrittspreis sollte 20 Pf. für die Person betragen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Zur Beglückwünschung Winkows zu seinem 80. Geburtstag sind vom Magistrat, der Oberbürgermeister Krieger mit den Stadträten Marggraf, Friedel, Dr. Weigert und Dr. Strahmann deputiert. Die Begrüßung soll im Kaiserhof abends um 8 1/2 Uhr am 12. d. M. stattfinden. Der Hauptmann a. D. von Schmidt-Schwargenborn ist vom Magistrat zum Standesamts-Hilfsstellvertreter gewählt worden. Die Gerichtsassessoren Langerhans und Bedel sind in der Sitzung als Magistratsassessoren verpflichtet und der Amtsdirektion als juristische Hilfsarbeiter überwiesen worden.

Der Fall Malin in neuer Auflage. Die unsern Lesern bekannte Hilfsarbeiterfrage ist wieder in einem Rechtsstreit aufgerollt worden, den der Magistratsbeamte Malin, derselbe, welcher als erster seine Beamtenqualität der Stadt gegenüber durchsetzte, gegen den Magistrat angestrengt hat. In dem am Donnerstag vor der 27. Zivilkammer des Landgerichts I abgehaltenen Termin wurde Malin durch den Rechtsanwalt Walter Bahn, der Beklagte durch den Justizrat Bisco vertreten. Der Kläger fordert die Nachzahlung von erheblichen Gehaltsbeträgen seit dem Jahre 1879, indem er zur Begründung ausführt, die Stadt habe ihn, wie das Reichsgericht darlegt, als Beamten angestellt und zwar mit einem Gehalt von 1200 Mark; hieron seien ihm wirklich 15 M. monatlich gezahlt worden; ferner hätte der Magistrat sein Gehalt gemäß der Städteordnung in den Normallohn einstellen müssen, wodurch er von Jahr zu Jahr aufgerückt wäre, der Magistrat hätte dies aber unterlassen, ihm auch die Ablegung des Secretär-Examen verweigert und ihn dadurch außer Stand gesetzt, das Gehalt eines Secretärs zu erreichen. Die Gesamtforderung des Klägers beläuft sich auf ca. 40 000 M. Der Vertreter des Magistrats sucht in einem langen Schriftsatz nachzuweisen, daß die Forderung des Klägers unberechtigt sei. Der Termin verlief der Verurteilung. Man ist in den beteiligten Kreisen sehr auf den Ausgang des Prozesses gespannt, da die Stadt im Falle des Unterliegens enorme Summen an gleichgestellte Beamte zu zahlen haben würde. Außerdem würde die theoretisch interessante Frage zum Austrag gebracht werden, ob ein Beamter ein Recht darauf hat, im Gehalt aufzurücken.

Der Magistrat beschloß, dem Komitee zur Schaffung des Berliner Nordkanals zu antworten, daß er es ablehne, die Ausführung des Kanals in die Hand zu nehmen. Sollte jedoch von anderer Seite, Staat, Provinz, Kreis Niederbarnim usw. der Bau des Kanals übernommen werden, so werde der Magistrat in Erwägung ziehen, ob und wie weit er sich an den Kosten des Unternehmens beteiligen werde.

Auch gestern hat die Zahl der obdachlosen Familien im städtischen Familien-Obdach zugenommen. Während am Donnerstag 744 Personen dort beherbergt wurden, stieg gestern der Bestand auf 775 Personen, die sich auf 156 Familien verteilen.

Anhängewagen in der Leipzigerstraße. Das Polizeipräsidium hatte grundsätzlich die Zulassung von Anhängewagen im Straßenbahndetriebe in der Leipzigerstraße zwischen Charlottenstraße und Potsdamer Platz verweigert und die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn angewiesen, eine größere Zahl von Kraftwagen laufen zu lassen. Nun aber hat die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn am Mittwochabend vom Polizeipräsidium die Genehmigung erhalten, daß zunächst für die Strohenbahnlinie Frankfurter Allee-Schöneberg wiederholt die Erlaubnis der Benutzung von Anhängern erteilt werde. Seit gestern schon ist von diesem Zugeständnis Gebrauch gemacht worden. Da sich Antragsteller für den übrigen Verkehr nicht bemerkbar gemacht haben, ist die Bestimmung auch auf die Linie Köpenickerstraße-Wilmersdorf ausgedehnt worden. Die Wagen dieser Linie wurden schon gestern früh mit Anhängern versehen. Falls sich aus diesem Versuch keine Schwierigkeiten ergeben sollten, wird der Anhängerverkehr auch für weitere Umkreise zunächst für diejenige Alexanderplatz-Schöneberg, zugelassen werden.

Am nächsten Sonntag tritt zum erstenmale der Zweibrüder-Ladenklub für Barbier- und Friseur-Geschäfte in Berlin, Schöneberg, Charlottenburg und Nixdorf in Kraft. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

Wid zehn Uhr abends dürfen von heute ab im Monat Oktober jeden Sonnabend die offenen Verkaufsstellen geöffnet bleiben.

Eine Körperverletzung mit tödlichem Ausgange, die von Begehrer auf dem Tempelhofer Feld verübt wurde, beschäftigt die Kriminalpolizei. Der 20 Jahre alte Grabeur Siegfried Rosenber, der bei seiner Mutter, einer Schirmnäherin in der Bauhofstr. 11 wohnte, ging gestern vor vierzehn Tagen Arbeit suchen, wurde unterwegs mit einem Matrosen bekannt und befreundete mit diesem das Tempelhofer Feld. Dort rumpelten zwei Stroche, die sich auf dem Felde herumtrieben, die Spaziergänger an. Als Rosenber sich das verbat, schimpfte einer der Begehrer ihn einen dummen Judenjungen. Nun wurden die beiden handgemein. Rosenber erhielt von seinem Gegner mit einem alten Regenschirm einen Schlag über den Kopf, konnte aber noch ohne fremde Hilfe nach Hause gehen und seiner Mutter den Vorfall, wie er hier dargestellt ist, erzählen. Drei Stunden später befahl ihn ein heftiges Fieber, so daß er nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. Dort starb er nach einem sechsstündigen Krankenlager an einer schweren Schädelverletzung, die auch das Gehirn in Mitleidenschaft gezogen hatte. Die beiden Stroche konnten noch nicht ermittelt werden, da es noch nicht gelungen ist, den Matrosen, der die Verdächtigen feststellen konnte, ausfindig zu machen. Der Verstorbenen wußte seinen Namen nicht und hatte sich auch um seinen Truppenteil nicht gekümmert.

Im vergangenen Jahre fanden 35 410 polizeiliche Revisionen von Wägen und Gewichte in Berlin statt. Hierbei wurden 77 Wagen, 5894 Gewichte, 102 Hohlmaße, 12 Längenmaße und 307 Maßwerkzeuge mit nicht mehr gültigem Stempel eingezogen. Bei 14 367 Gewerbetreibenden wurden die Schanngesäße auf die Weichung des Baumgehalts geprüft, wobei 1036 Schanngesäße beschlagnahmt wurden.

Die verschleßbaren Post-Abholungsäcker sind heute bei dem Postamt 19 in der Douthstraße dem Verkehr übergeben worden und dem Inhabern zugewiesen. Es ist dies das zweite Berliner Postamt, das, wie das Briefpostamt, die Schließäcker erhalten hat.

Sich selbst erschossen hat Donnerstagabend die 58 Jahre alte unverheiratete Buchhalterin Marie Schulz, die mit der Krankenpflegerin Witwe Kränz in der Wickenstr. 75 zusammen wohnte. Zuletzt auf einem Kohlenplatz in der Kirchstraße angestellt, gab sie Ende vorigen Monats ihre Stellung auf, weil es ihr auf dem Platze zu kalt sei. Schon seit einem halben Jahre hatte sie ein sehr aufgeregtes und niedergedrücktes Wesen gezeigt, ohne sich über den Grund auszusprechen. Auch Selbstmordgedanken hatte sie wiederholt geäußert. Gestern nachmittag um 1 Uhr ging sie weg, um eine neue Stellung zu suchen. Als Frau Kränz abends um 9 1/4 Uhr nach Hause kam, fand sie ihre Wohnungsgenossin angetrieben tot und bereits erstarrt in ihrem Bette liegen. Sie hatte sich eine Zunderschnur um den Hals geschlungen und sich selbst erschossen.

Die Berliner Unfallsationen vom Roten Kreuz sind im September dieses Jahres in 4188 Fällen für erste Hilfe in Anspruch genommen worden, und zwar 3603 mal bei Unglücksfällen und 585 mal bei plötzlichen Erkrankungen. In den Stationen wurden 3925, außerhalb 263 Personen behandelt. Mit den Krankenwagen der Unfallsationen wurden im vergangenen Monat 143 Transporte ausgeführt. Die Zahl der polizeilicherseits den Stationen übergebenen, teils bewußtlosen Personen betrug 236, die unentgeltliche Juananspruchnahme von Eis geschah in 79 Fällen.

Selbstmordversuch. Der 20 Jahre alte Handlungsgehilfe Max Gehhaar aus der Marktstr. 8 hat sich heute früh zu erschließen versucht. Der junge Mann ist seit einem Vierteljahr ohne Beschäftigung. Statt sich nach einer neuen Stellung ernstlich umzusehen, besuchte er lieber Wirtschaften mit weiblicher Bedienung und machte seinen Eltern schwere Sorgen. Heute früh kam er wieder erst um 1 Uhr nach Hause. Als ihn nun sein Vater zur Rede stellte, ging er auf sein Zimmer und schoß sich eine Kugel in die linke Brust. Schwer verwundet wurde er von einem Schuttmann des 5. Reviers in ein Krankenhaus gebracht.

Die Firma Westphal und Reinhold beabsichtigt, auf dem Grundstück Torstr. 7 einen Verzinnungssofen zu errichten. Etwasige Einwendungen gegen das Unternehmen sind binnen 14 Tagen beim Polizeipräsidenten schriftlich in zwei Exemplaren oder zu Protokoll anzubringen. Die Einzelheiten des Projektes können aus den in der Registratur der Abteilung IV des Polizeipräsidenten im Polizeidienstgebäude am Alexanderplatz, Eingang III, 2 Treppen, Zimmer 272, von 9-3 Uhr, zur Einsicht ausliegenden Beschreibungen und Zeichnungen ersehen werden. Zur mündlichen Erörterung der Einwendungen wird ein Termin auf Mittwoch, den 23. d. M., vormittags 10 Uhr, im Zimmer 214 des Polizeipräsidenten angesetzt.

Die Voruntersuchung gegen Wolf und Genossen wegen Einbruchs diebstähle in Warenhäusern und Bekleiderei wird jetzt schnell zu Ende geführt werden, da es als erwiesen gilt, daß die Mitschuldigen der Verhafteten schon vor deren Festnahme Deutschland verlassen haben. Der Agent J., welcher der Witwenfamilie beschuldigt und deswegen auch verhaftet gewesen war, wird nicht unter Anklage gestellt werden.

Ein merkwürdiger Unglücksfall hat sich vorgestern auf der Berlin-Potsdamer-Magdeburger Eisenbahn zugetragen. Ein Maschinist und zwei Schlosser der Potsdamer Eisenbahnwerkstätten hatten mit einer reparierten Maschine eine Probefahrt nach Brandenburg unternommen und waren auf der Heimfahrt begriffen, als auf der Havelbrücke beim Aufgange plötzlich die Heizungsanlage aufsprang und durch einen Windstoß die Flammen herausgetrieben wurden, wodurch alle drei Personen erhebliche Brandwunden an den Armen und an den Köpfen davontrugen. Am ärgsten wurde der Schlosser Riefelbusch verbrannt, der in seinen Schmerzen von der Maschine herabsprang.

Die gerichtsarztliche Oeffnung der Leiche des Geldverleiher Eduard Köppler hat gestern nachmittag stattgefunden, ein bestimmtes Ergebnis über die Todesursache aber nicht geliefert. Das ist in der Regel so, wenn es sich um eine mutmaßliche Vergiftung handelt. Um zu einem sicheren Ergebnis zu kommen, bedarf es in solchen Fällen durchweg noch einer genaueren Untersuchung einzelner Leichenteile durch einen Chemiker. Aus der Freigabe der Leiche zur Beerdigung den Schluß zu ziehen, daß Köppler nicht das Opfer eines Verbrechens geworden sei, wie es in einer vorläufigen Zeugnungsbildung geschieht, ist nicht richtig. Nach der gerichtsarztlichen Oeffnung und der Entnahme der näher zu untersuchenden Teile wird die Leiche auch dann freigegeben, wenn man an einem Verbrechen gar nicht zweifelt.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist gestern abend um 8 Uhr der 42 Jahre alte Valentin Neumann aus der Rittenwalderstraße 9. Als er mit mehreren Arbeitern dabei war, an der Ecke der Invaliden- und Chausseestraße einen mit Rabeln schwer beladenen Wagen auf den Bürgersteig zu fahren, stolzte die Leiche, die er festhielt, auf die Seite und zerquetschte ihm den rechten Unterschenkel. Der Verunglückte wurde durch die Wucht des Schlags einige Schritte weit weggeschleudert und konnte sich nicht wieder erheben. Die Unfallstation IX legte ihm einen Verband an und ließ ihn nach der Charité bringen.

Feuerbericht. Freitagvormittag kamen Adlerstr. 66 und Lindenstraße 71 Wohnungsbrände zum Ausbruch, die indes schnell beseitigt werden konnten, bevor erheblicher Schaden geschah. In der Adlerstraße 45 brannte eine Strohpäckung. Durch übergelochtes Fett in einer Bäckerei war Reichenbergstr. 111 die Balkenlage in Brand geraten. Möbel und Wäsche wurden Mohrenstr. 62 durch Feuer beschädigt, ebenso in der Potsdamerstr. 139 eine Ladeneinrichtung. Aus Antwiltzen war auf einem freien Platze in der Wöhlkerstraße ein Bretterstapel in Brand gesteckt, doch konnte der Thäter nicht ermittelt werden.

Arbeiter-Bildungsschule. Morgen, Sonntag, Beschäftigung des Elektricitätswerkes „Oberpret“. Abfahrt Alexanderplatz 8,46, Jannowibrücke 8,49, Schleiferei Bahnhof 8,53 Uhr. Treffpunkt Bahnhof Nieder-Schönevelde. Nur die mit Billets versehenen haben Gelegenheit zur Beschäftigung. In kleiner Zahl sind dieselben heute abend von 8 Uhr ab in der Bibliothek, Gewerkschaftshaus, Engel-Alee 15, noch zu haben.

Zugen gesucht. Die Personen, welche gesehen haben, wie am Dienstag, 24. September, nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr ein Radfahrer in der Ritterstraße zwischen Alte Jakobstraße und Alexandrinenstraße von einer zweispännigen Kutse überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse bei Schlossermeister Wilsch, Pappel-Alee 116, abzugeben.

Unentgeltliche Kurse in Elektrotechnik beginnen am Mittwoch, den 9. Oktober, an der 7. städtischen Fortbildungsschule, Gräsestr. 85. Sie liegen abends von 7 1/2-9 1/4 Uhr. Die Teilnahme ist jedermann gestattet und bedingt keine Vorkenntnisse. Anmeldungen werden schon jetzt abends im Amtszimmer, Gräsestraße 85, entgegen genommen.

Auf der Treptow-Steinwarte wird Direktor Archenhold Sonnagnachmittag um 5 Uhr über „Uphoff und Chronometrie auf der dreijährigen Naturforscherverammlung zu Hamburg“ sprechen; abends um 7 Uhr über „Ein Ausflug in die Sternwelt“. Mit dem großen Fernrohr wird den Besuchern am Tage die Venus, Jupiter und Saturn gezeigt und abends ein Nebelgestirn.

### Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung hatte in ihrer letzten Sitzung am Donnerstag zu einer Magistratsvorlage Stellung zu nehmen, wonach die Räume auf dem Grundstück Bergstraße 15, in denen mietweise die 15. Gemeindefschule untergebracht ist, auf weitere 6 Jahre gemietet werden sollen. Der Magistrat sagt in der Begründung der Vorlage, der Mangel an einem eignen Schulsaal in der Bergstraße oder in der Nähe dieser Straße bestehe fort und es sei auch keine Aussicht vorhanden, ihm dort in nächster Zeit abzuhelfen. Zur Zeit gäbe es in Rixdorf noch 54 „fliegende Klassen“. Die Mieträume wären

in absehbarer Zeit nicht zu entbehren. — Stadtverordneten-Vorsteher Sander schlägt namens seiner Freunde vor, den Mietvertrag sogar auf 10 Jahre zu verlängern, womit der Magistrat einverstanden sein werde. Die Stadtverordneten Conrad (Soz.) und Silberstein (Soz.) übten scharfe Kritik an der Schulpolitik der bürgerlichen Mehrheit, die einen fehlerhaften Zustand zu verewigen gedächte. Der Rat geborchen, würden die Sozialdemokraten für eine Verlängerung des Vertrages auf 6 Jahre stimmen, dies aber nur unter der Bedingung, daß der Fall einer energischeren Betrieben werde. Auf seinen Fall sei man für einen zehnjährigen Vertrag zu haben. Die Ausführungen unserer Genossen riefen verschiedene der bürgerlichen Herren auf den Plan, die sich eifrig bemühten nachzuweisen, was sie alles für die Volksschule thäten, worauf Conrad und Dr. Silberstein die gebührende Antwort erteilten. Gegen die sozialdemokratischen Stimmen wurde der Vertrag auf 10 Jahre verlängert. — Die Versammlung genehmigte eine Änderung des Ortsstatuts über das Gewerbegericht. Danach sollen von jetzt ab die Wahlen ohne vorherige Aufstellung von Wählerlisten erfolgen. Jeder Wähler hat nur dem Wahlvorstand die erforderliche Legitimation, die seine Wahlberechtigung ergibt, vorzuzeigen.

Mit einer sehr gelinden Strafe sind die zwei Leib-Garde-Fusaren davongekommen, welche während des Manövers in dem Dorfe Kampehl bei Meyin in Gemeinschaft mit einem Infanteristen den nicht verwesenen Leichnam des Spulritters Kahlbusch aus der Gruft des Nachts hervorholten, demselben eine Pfeife und eine brennende Laterne anhängten und vor dem Hause des Kantors aufstellten. Es geschah dieser Unfug, bei dem auch einige Grabkreuze auf dem Kirchhof umgerissen wurden, infolge einer mit einigen Bauern, welche vor dem Spulritter heillosen Respekt haben, abgeschlossenen Wette. Bei den Truppen des Garde-Corps hat dieser Soldatenstreich großes Aufsehen gemacht, so daß die Felden desselben sogar fremden Offizieren vorgestellt wurden. Als Strafe haben dieselben nunmehr je drei Tage Arrest und je 9 M. Geldstrafe erhalten.

## Theater.

n. Berliner Theater. „Nacht und Morgen“. Schauspiel von Paul Lindau. — Einbau's neuestes Bühnenwerk hat einen starken äußeren Erfolg davongetragen, aber nur einen äußeren — literarisch war das Stück wertlos. „Nacht und Morgen“ ist ein dramatischer Kriminalroman, eines von jenen glatten Theaterstücken, die durch ein Gemisch von Spannung und dialogisierter Geistesreichheit das Publikum einen Theaterabend hindurch unterhalten. Lindau kennt sein Publikum; er ist ein alter Praktiker und weiß, daß es sich nur unterhalten will und, außer einer kleinen Dosis Sentimentalität, keine allzu großen Anforderungen an Gefühl und Nerven liebt. So ließ er denn auch die eigentliche Handlung sich hinter den Coulissen abspielen und nur die auftretenden Personen erzählen, daß jetzt dies geschehen sei, oder daß dann jenes geschehen würde. Man war dem verständnisvollen und zuvorkommenden Autor dafür dankbar und rief ihn fast nach jeder Scene.

Der Inhalt des Stückes bietet, wie schon gesagt, nichts Aufregendes. Der Legationsrat v. Edhorst will eine Ferienreise antreten und am Abend noch einen kleinen Roman mit seiner Schwägerin zum Abschluß bringen, die ihr Bild und ihre Briefe von ihm zurückfordert. Bild und Briefe befinden sich in Edhorst's Bureau; er holt sie, um es möglichst unauffällig zu thun, erst in später Abendstunde. Am demselben Abend aber kommt ein wichtiges politisches Schriftstück aus Edhorst's Ressort abhanden und ein Sekretär der französischen Botschaft, der am selben Tage noch bei Edhorst gesehen wurde, reist plötzlich nach Paris ab. Die Lage wird für Edhorst eine sehr schlechte. Er wird — seine Reise hat er am Morgen nach der Zusammenkunft mit der Schwägerin angetreten — telegraphisch zurückverufen. Der Polizeidirektor beghint eine große Rolle zu spielen. Edhorst soll nachweisen, weshalb er am Abend noch einmal im Bureau war und wo er die Nacht zugebracht hat. Er will seine Schwägerin nicht kompromittieren, schon soll er verhaftet werden, da entfährt sich die Schwägerin selbst, die Wahrheit zu sagen und durch dieses Geständnis den Verdacht gegen Edhorst zu entkräften. Der Dieb des Aktenstückes ist ein alter Kanakdiener, der sich selbst stellt.

Gespielt wurde, wenigstens in den Hauptrollen, auf. Wittichau gab den Legationsrat Edhorst mit allen den Feinheiten, die diese Rolle des unschuldigen Verdächtigen erfordert. Edhorst's Frau Sabine fand in der Frauendörfer eine prächtige Darstellerin, die den Beifall, der ihr auf offener Scene zu teil wurde, reichlich verdiente. Gute Leistungen boten ferner Auguste Prach, Grevenberg und Harry Walden. Connard bis als Polizeidirektor zu sehr den Vortritt heraus, der mehr an einen Schuttmann erinnert, als an einen Mann, der durch raffiniertes Kreuzverhör einem Geheimnis auf die Spur kommen will. Hafkerl schließlich, als ungetreuer Kanakdiener, hatte so stark aufgetragen, daß aus seiner Rolle fast eine Karikatur wurde.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 6. Oktober, vormittags 9 1/4 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindefschule, Kleine Frankfurterstraße 8: Versammlung: Freireligiöse Vorträge. — Um 10 1/4 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Wilhelm Bölsche über: „Der Sternenhimmel als Spiegel“. — Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Musik-Harmonium. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

In der humanitären Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Aula der Berliner Ober-Realschule, hält am Sonntag, den 6. Oktober, vormittags 10 1/4 Uhr, Herr Dr. Rudolf P e r z i g den dritten Vortrag des Vortragszyklus: „Das Vaterland“. 3. Willenshingabe oder Eigenliebe? Damen und Herren haben freien Zutritt.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Straßland-Franzburg-Kügen. Sonntag, den 6. Oktober, vormittags 10 Uhr, Generalversammlung bei H. Ramlow, Schönhauser Alee 135.

## Vermischtes.

Verunglückter Luftschiffer. Aus Wien, 4. Oktober, wird gemeldet: Nach Meldungen der Blätter machte gestern der Ingenieur K r e h in dem Reservoir der Wasserleitung in der Ortschaft Dullnerbach (bei Wien) den Versuch, mit seinem „Drachensieger“ benannten lenkbaren Luftschiff aufzusteigen. Dabei versank das Luftschiff plötzlich im Wasser und K r e h fiel ins Wasser, konnte aber gerettet werden.

Ueber einen Auffehen erregenden Mord wird aus Stendal vom 4. Oktober berichtet: Die der „Altmärker“ meldet, wurde heute früh der Gutbesitzer W ä l l m e r in Wendemark bei Werben (Elbe) ermordet vor seinem Hofe aufgefunden. Der Thäter hat den Gutbesitzer in der Nacht aus dem Hause gelockt, ihn erschlagen und in ein Rübensfeld geschleppt, dann durchsuchte er die Wohnung nach Wertgegenständen, wobei er die Wirtschaftlerin verwundete. Vom Thäter fehlt jede Spur. Die Dörfer in der „Wische“ bei Werben sind alle derartig angelegt, daß jedes Gehöft einzeln steht. In den reichsten dieser Dörfer gehört Wendemark.

Das schwedische Südpol-Unternehmen wird, wie der Leiter, Docent Dr. Nordenskiöld, Donnerstag in der Sitzung des Geographischen Vereins in Upsala mitteilte, bald nach dem 8. d. M. zur Abreise bereit sein. Außer den wissenschaftlichen Mitarbeitern werden ein amerikanischer Maler und möglicherweise ein argentinischer Geograph an der Fahrt teilnehmen. Von den Falklandinseln, wo eine Niederlassung errichtet werden soll, werde die Abreise südwärts gehen. Nachdem man möglichst weit südlich vorgedrungen sei, werde ein zur Ueberwinterung geeigneter Platz aufgesucht werden. Das Schiff gehe dann mit drei Geologen an Bord nach den Falklandinseln zurück, von wo aus während des Winters in diesen nur wenig erforschten Gegenden wissenschaftliche Ausflüge unternommen werden sollten. Das Unternehmen werde voraussichtlich am Anfang 1903 nach Schweden zurückkehren.

Die Todesstrafe in der Schweiz. Aus Schaffhausen wird und geschrieben: Wegen Mordmordes wurde kürzlich in Schaffhausen ein junger Arbeiter zum Tode verurteilt. Da das letzte Wort der Große Rat (Landtag) hat, so gelangte vor ihm die Sache zur Entscheidung. Der Verurteilte, sein Verteidiger, das Obergericht wie auch der Gefängnisgeistliche hatten Vergnügungsgesuche eingereicht. Die Abstimmung wäre ohne vorausgegangene Debatte erfolgt, wenn nicht der fromme Pfarrer Gasser von Buchberg in seinem überwältigenden Gefühl christlicher Nächstenliebe das Wort ergriffen und sich für die Hinrichtung begeistert hätte. Eine zartheitvolle Pfarrerseele! Verschiedene andre Redner bekämpften jedoch diesen Standpunkt und so wurde denn auch die Vergnügung beschlossen, leider aber nur mit 40 gegen 37 Stimmen.

Die Todesstrafe im Kanton Schaffhausen ist seit dem Jahre 1893 wieder eingeführt und zwar gab dazu den Anlaß die grausame Ermordung einer ganzen Familie im Dorfe Löthningen. Zu den Unterzeichnern der bezüglichen Petition gehörte auch ein Grobhauer im genannten Dorfe, der bald danach als der Mörder verhaftet, überwiesen und zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden war. Er war ein Verwandter des ermordeten Familienvaters und er ermordete die ganze Familie, um ihren Besitz zu erben. Die damalige Unterschrift des bestialischen Massenmörders unter die Petition zur Wiedereinführung der Todesstrafe bleibt ein geschichtlicher Beitrag zur moralischen Qualität derer, die für die Todesstrafe und verwandte Prügelstrafe sich begeistern.

Während einer Kassenrevision bei der Agentur des Oesterreichischen Lloyd in Konstantinopel, wobei ein Defizit der Kasse sich herausstellte, erschloß sich ein Beamter der Agentur. Die Erhebungen über den Umfang der Veruntreuungen sind im Gange; nach den bisherigen Nachrichten handelt es sich um 160 000 Frank.

Aus Vatu vom 3. Oktober kommt die Nachricht von einem verheerenden Brande: Auf einer Rappha-Industrie-Anlage in Sarunisi brach gestern Feuer aus, das sich bis auf die Anlagen der Rapphischen Schwarzmeer-Gesellschaft und die Volksische Rappha-Anlage ausbreitete. Es verbrannten 40 Bohrgruben, die Gerüste und zwei Refektorien. Die Feuersbrunst vernichtete alle seit dem letzten Brande im Juni neu errichteten Bohrgruben und Gerüste. Die Ursache des Feuers ist unbekannt.

Marktpreise von Berlin am 3. Oktober 1901 nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidenten.

Ware	Art	Preis	Ware	Art	Preis
Weizen, gut	V. Gr.	—	Kartoffeln, neue, D-Gr.	—	8 — 5 —
„ mittel	„	—	Milchfleisch, Rente 1 kg	—	1,70 1,20
„ gering	„	—	„ do. Bauch	—	1,30 1 —
„ gut	„	—	Schweinefleisch	—	1,60 1,80
„ mittel	„	—	„ Rindfleisch	—	1,70 1,10
„ gering	„	—	„ Hammelfleisch	—	1,60 1,10
* Weizen, gut	—	14,40 12,70	Butter	—	2,80 2 —
„ mittel	—	13,60 12 —	„ 60 Stk	—	4,40 2,40
„ gering	—	12,90 12,30	„ 1 kg	—	2,30 1,20
* Hafer, gut	—	16,10 15,30	„ Kalle	—	2,50 1,30
„ mittel	—	15,20 14,40	„ Zander	—	2,60 1,20
„ gering	—	14,30 13,60	„ Dorsch	—	2 — 1 —
Milchschrot	—	—	„ Barsch	—	1,80 0,80
„	—	—	„ Schlei	—	2,40 1,20
„	—	—	„ Elze	—	1,40 0,80
„	—	—	„ Rrebs	per Schd	16 — 2,50
„	—	—			
„	—	—			

\* frei Bogen und ab Waßn.

Produktenmarkt vom 4. Oktober. Heute erfolgte am Getreide markt eine kräftige Reprise. Am Frühmarkt allerdings war die Stimmung noch schwach und die Preise für Brottreide gingen weiter um 0,50 bis 0,75 M. zurück. Mittags jedoch veranlaßten höhere Notierungen der österreichischen Märkte vielfache Deufungen, insbesondere war eine hiesige Großfirma als Käuferin am Markt. Bei etwas lebhafterer Einwirkung des Geschäftes wurden Weizen und Roggen durchschnittlich 0,50 M. besser als gestern bezahlt, bis schließlich Angaben für russische Weizen eine abermalige leichte Schwächung herbeiführten. Wehl wurde zu unveränderten Preisen gehandelt. Der Hafermarkt zeigte Spuren beginnender Belebung, wenn auch die Preise unerholt blieben. Mais war matt, Rüböl nachgebend.

Spiritus unverändert, 70er loco 39 M. — Schluß für Getreide: Oktober-Roggen sehr fest.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Postkoderstr. 56. Tafeltrauben unterliegen einem Zoll von 4 M. für 100 Kilogramm; mit der Post eingehende Sendungen von Tafeltrauben von 5 Kilogramm Bruttogewicht und weniger sind zollfrei; andre frische Weintrauben tragen für 100 Kilogramm 10 M. Zoll.

H. II. Die deutsche Sprache ist die Unterrichtssprache in diesen Gegenden.

H. H. 16. Die Hygiene-Kassellung ist im Mai 1892 abgebrannt und dann im folgenden Jahre neu eröffnet worden.

H. H. Ein Buch mit dem von Ihnen genannten Titel giebt es meines Wissens nicht. Die „Hilfen der Methode“ der Behandlung von freiesender Fiebrigkeit und Schlaflosigkeit ist vielmehr in verschiedenen Einzelausgaben in medizinischen Zeitschriften beschrieben, die für Lesen selbst nicht verhandelt sind.

Johannes K. 1. Zu der Fahlung sind Sie verpflichtet. 2. Sie leben nicht in Gütergemeinschaft. Wollen Sie einen Vertrag schließen, der Ihre Vermögensverhältnisse ausdehnt und Ihrer Ehefrau noch andre Vorteile schafft, so können Sie auch noch während der Ehe solchen Vertrag schließen. Er muß in gerichtlicher oder notarieller Form abgeschlossen werden. Die Kosten richten sich nach der Höhe des Objekts. Ein Beispiel für solchen Vertrag finden Sie Seite 222 des dem „Arbeiterrecht“ beigegebenen Führers.

H. H. 21. Da es sich nicht um minderjährige Kinder handelt, war eine Klageanrufung vor der zweiten Instanz nicht erforderlich. Dadurch erledigen sich die Fragen 2 bis 7. — G. Baron. Es ließe sich Beschwerde gegen die betreffenden Beamten bei der zuständigen Polizeibehörde und ferner Strafantrag wegen Beleidigung und Hausfriedensbruch und Anstiftung dazu gegen den Polizeibeamten und seinen Auftraggeber bei der Staatsanwaltschaft einreichen. — 80. Sie müssen den Verpflichtungen nachkommen.

H. K. Eine Anzeige wegen Sachbeschädigung wäre in Ihrem Fall erfolglos, weil vorläufige Sachbeschädigung nicht vorliegt. Die Anzeige wäre wie jede Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft zu richten. Sie können Ihren Schaden auf dem Wege einer Civilklage (beim Amtsgericht) eintragen. — G. H. Landbergerstr. Da ein Testament vorliegt, müßten Sie den Vorfall klären. Ferner müßten Sie, soweit es sich um die Vererbung eines eingetragenen Erbes, der vor 1900 gestorben ist, angehen, wo dessen letzter Wohnort war und ob dieser ein Testament hinterlassen hat. Ohne solche Angaben lassen sich Ihre erbrechtlichen Fragen nicht beantworten.

G. H. 10. 1. Forderungen verfahren je nach ihrem Grunde in verschiedenen Zeit. Darlehen verfahren erst in 30 Jahren. 2. Nachdem das Mädchen sich gemählt hat, wäre leider eine Klage ohne Aussicht auf Erfolg. — H. R. 1. Die Sterbende des Vaters muß vorgelegt werden. 2. Die Willkürpapiere. 3. Ja. 4. In Berlin und in der Gemeinde, in der einer der Verlobten innerhalb der letzten 6 Monate wohnte. 6. Nach dem 31.12. 1899 gemordene Eheleute leben nur, falls sie einen dahin gerichteten Vertrag schließen, in Gütergemeinschaft. Sonst leben sie in der sogenannten Verwaltungsgemeinschaft. In den meisten Fällen ist es zweckmäßig, diesen rechtlichen Güterstand vertraglich durch einen Vertrag zu modifizieren. Ein Beispiel hierfür finden Sie S. 225 Nr. 23 des dem „Arbeiterrecht“ beigegebenen Führers durch das „Bürgerliche Gesetzbuch“.

## Witterungsübersicht vom 4. Oktober 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C. u. F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C. u. F.
Bismarck	763 Stk	—	Rebel	13	Dapranza	—	—	—	—
Conzberg	764 Stk	—	3 Rebel	14	Veitersburg	768 Stk	—	1 Rebel	9
Berlin	764 Stk	—	—	15	Kort	766 Stk	—	3 Heiter	10
Frankf./M.	763 Stk	—	2 wolflg	14	Uderben	—	—	—	—
München	763 Stk	—	Rebel	12	Paris	764 Stk	—	bedekt	10
Wien	763 Stk	—	—	12					

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 5. Oktober 1901. Früh neblig, am Tage ziemlich heiter und warm bei schwachen südwestlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.** Sonnabend, 5. Oktober. Überaus. Tristan und Isolde. Anfang 7 Uhr. Schanibelhaus. Der kommende Mann. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroll). Schiller. Heimat. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Faust. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Nacht und Morgen. Anfang 7 1/2 Uhr. Lesing. Die Fee Caprice. Anfang 7 1/2 Uhr. Meibius. Sein Doppelpänger. Vorher: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Das ewig Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr. Westen. Jax und Zimmerman. Anfang 7 1/2 Uhr. Secessionsbühne. Dessen Hittens. Anfang 8 Uhr. Central. Giroflé-Giroflá. Anfang 8 Uhr. Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr. Dufien. Der Goldbauer. Anfang 8 Uhr. Carl Weik. Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Hundreicher. Anf. 7 1/2 Uhr. Velle-Alliance. Tafelo. Anfang 8 Uhr. Casino-Theater. Berlin W. - Berlin N. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten - Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr. Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Weibliche Barbier. Anfang 8 Uhr. Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr. Passage-Operntheater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken. Nachm. 4 Uhr: In kleinen Preisen: "Mittelmeerfahrten".

**Schiller-Theater** (Wallner-Theater). Sonnabendabend 8 Uhr: Heimat. Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Heimat. Sonntagabend 8 Uhr: Der Herr Senator. Montagabend 8 Uhr: Jugend.

**Carl Weiss-Theater.** Große Frankfurterstr. 132. Nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung. Max und Moritz. Die beiden kleinen Insi. Sagabunden. Preise der Plätze: 10, 20, 30 Pf. etc. Abends 8 Uhr: Abends 8 Uhr! Berliner Rangen! Große Ausstattungspost mit Gesang in 5 Akten und 7 Bildern v. G. Albert. Musik von H. Leonard. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Maria Stuart. Kleine Preise. Abends 7 1/2 Uhr: Berliner Rangen.

**Metropol-Theater.** Schön war's doch! Gr. Berliner Ausstattungspost mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern. Emil Thomas a. G. Joseph Josephi a. D. H. Bender. G. Kaiser. Elise de Veré a. D. Frid-Frid. F. Georgette. Gastspiel: Saharet! Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

**Passage-Theater.** Anf. wochent. 5, Sonntags 12, Ende 11 Uhr. Das neue Oktober-Programm. Adelina Sozo Prima ballerina assoluta. Traudchen Hundgeburth, die Köhlmagd aus dem Rheinland. Hasl und Frauzl, die bayrischen Juxbrüder und Schubplattler. Zum erstenmale in Berlin. 18 erstkl. Nummern.

**Urania.** Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Ueber den Wolken Um 4 Uhr: Mittelmeerfahrten. Kleine Preise. Invalidenstr. 57/62. Tägliche Sternwarte.

**Castans Panopticum.** Friedrichstr. 165. Horwarths wunderbare 6 Liliputaner mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

**Central-Theater.** Heute Anfang 8 Uhr: Giroflé-Giroflá. Kom. Operette in 3 Akten von Vecoca. (Giroflé-Giroflá: Mia Werber) Sonntagnachmittag zu halb. Preisen: Die Geisha. Sonntagabend: Giroflé-Giroflá. - Montag: Die Geisha. Dienstag, den 8. Oktober: Kapitän! Zum erstenmal: „Lose Blätter.“ Samstag in 3 Abteilungen. 1. Abteil.: Die Probe. 2. Abteil.: Lose Blätter. 3. Abteil.: Diogenes.

**Thalia-Theater.** Dresdenstr. 72. Heute u. folg. Tage: Ein tolles Geschäft. Große Ausstattungspost mit Gesang und Tanz in 4 Bildern Paula Worm in 8 Verwandlungen. Guido Thielscher in 11 Verwandlungen Fritz Helmarding als Wolzogen. Junkermann, Boje. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Apollo-Theater.** Neues Spezialitäten-Programm. Miss Balsa Ellen Sousa Rob. Steidl Luci Ferdier Broth. Avolo Wallno u. Marietta Der Kosmograph. Ferner: Frau Luna mit dem „Grioglati“. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

**Casino-Theater** Lothringerstrasse 37. Neu! Mary Elly. Neu! Fritz Lizzi. Neu! Ring des Dr. Schrumm mit Steidl. Dazu mit andernerd fersat. Erlola Berlin N. - Berlin W. Anf. wochent. 8, Sonntags 7 1/2 Uhr Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Waise von Lowood.

**Cirkus** Albert Schumann. Renz-Gebäude, Karlsruherstr. Sonnabend, den 5. Oktober cr. abends präc. 7 1/2 Uhr: II. Grande Soirée High-Life. (Gala-Programm) Diese „Grande Soirée High-Life“ sind Spezialität des Cirkus Albert Schumann und haben den Vorzug, daß man außer einem sehr reichhaltigen Programm die besten Nummern zu sehen bekommt. II. a.: Madame Raigide Reuz, Herr Ernst Reuz, 120 Orchesterinstrumente, 120. Die phänomenalen 5 Amerikaner Johnson, Kind: Jugglers, Frä. Dora Schumann, Schalkreiterin, Mad. und Louis Marquis. Ein Ständchen in der Nacht Reuz, Dir. Al. Schumann, Wlke. Blanche Klarry und die drei drei. Reuz, 8 Eugen, Clitterterre-Krobaten, Original-Glow Paul Bojanowski, der urkom. Berliner. Sonntag: 2 große brillante Vorstellungen, nachm. 3 1/2 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. Nachm. 1 Kind frei auf allen Plätzen.

**Sanssouci** Kottbuserstr. 4a. Wiederanstreten von Adolf Hoffmann. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag Hoffmanns Norddeutsche Säger. Nach jeder Soiree: Tanz. Anfang Sonntags 7 Uhr, von 5-7 Uhr Konzert. Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säge zu Festlichkeiten und Besammlungen frei.

**Cirkus Busch.** Sonnabend, den 5. Oktober, 7 1/2 Uhr: Gr. Prunk- und Parade-Abend. „Die gut Brandenburg allwege.“ Große Ritter- und Schaustück zu Wasser und zu Lande. Besonders hervorzuheben: Der Amerikaner Gifford als einbaldiger Hochspringer auf seinem Rad. Aufmerksam: Gala-Programmnummern.

**W. Noacks Theater.** Brunnenstraße 16. Wegen Privat-Festlichkeit keine Vorstellung. Sonntag: Die wilde Rahe.

**Schall und Rauch.** Unter den Linden 44. Wegen baulicher Schwierigkeiten ist die Eröffnungs-Vorstellung bis zum 9. Oktober verschoben. Anfang 8 1/2 Uhr. Preise der Plätze: Fauteuil 10 M. Loge 6 M. Parkett 6, 5, 3 M.

**Deutsche Konzerthallen.** An der Spandauer Brücke 3. Vornehmst. Vergnügungsort! Täglich: Internationale Konzerte. Spezialität: Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften. Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei. Vorzügliche Küche. Gut gepflegte Biere.

**Palast-Theater** (früher Feen-Palast) Burgstr. 22. Direktion: Winkler Fröbel. Das neue riesengroße Oktober-Programm. 15 Sensations-Nummern. Nur vom Besten das Beste. Direktor Wilhelm Fröbel in der aktuellen kom. Operette Weibliche Barbier. Lebende Rosen-Photographie. Neueste Ereignisse! Die drei Silbersterne. Der Musik-Sport-Akt. Anfang Punkt 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr. Billet-Vorverkauf von 11-1 Uhr.

**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Herrliches Programm, u. a. „Bosco“. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Meissner Dombau-Geld-Lotterie** Ziehung schon 26. Oktober cr. 12100 Goldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk. 375 000 Die Hauptgewinne sind: 100000, 60000, 40000, 20000, 10000 etc. etc. etc. Originallosse à 3 Mk. Für Porto und Liste 30 Pf. extra. Oscar Bräuer & Co. Nachf. Berlin W., Friedrichstr. 181 Filialen: NW.: Wilsackstr. 63. O.: Andreasstr. 45a.

**Kufekes** BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder **Kindermehl.**

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel** Karlsruherstr. Wochentags 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hatt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.** Kur Mittwoch, den 2. d. Okt., per Karb unser Mitglied, der Restauranteur Wilhelm Hauptmann. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. d. Okt., nachmittags 1 Uhr, auf dem Friedhof der Gemeinde „Zum heiligen Kreuz“ in Mariendorf statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Süd-Ost.** Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler Paul Werner im Stadtbezirk 108b, am 3. d. Okt. verstorben ist. Ihre feierlichen Andenken. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Emmaus-Friedhof statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

**Danksagung.** Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines Vaters Karl Riefeber sage ich allen denen, insbesondere den Kollegen der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Berlin, den Genossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises und dem Gelandeverein Nordost den verbindlichsten Dank. 1901. Um Minna Riefeber nebst Kindern.

**Freie Kranken- u. Begräbniskasse der Schuhmacher und Berufsgenossen Berlin.** (G. & R. 27.) General-Versammlung Montag, den 14. Oktober 1901, abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Innere Angelegenheiten. Der Vorstand. Das 30. Stiftungsfest findet Sonnabend, den 23. Okt., in der Resource, Kommandantenstr. 57, statt.

Ich wohne jetzt Potsdamerstr. 20 (gegenüber der Eichhornstrasse) 79/3. Dr. Blaschko. Meine Klinik verbl. Brückenstr. 13.

Ich wohne jetzt: 9106 Charlottenstrasse 16 II. Dr. Böhm, Spezialarzt für Wasserheilverfahren.

Dr. Schünemann, Spezialarzt für Haut, Haar und Fransenleiden, Seydelstr. 9. Sprechstunden: 1/2 12-1/2 3, 1/2 6-1/2 8.

Wer schnell und zu constanten Bedingungen 22500\* Geld! Darlehen oder Hypothek sucht, verlange unsere Hypotheken- und Darlehens-Nachweise. H. Bittner & Co., Hannover-Z.

Kohlen sind billiger. 100 Stück 6 Zoll lang nur 65 Pfg. 100 - 7 - 75 100 - 7 - 90 1 Schffel bester Steinofen 90 ab Hoy Witte Brombergerstr. 14. 12 Handwagen borge umsonst! Josef Fischer, Amt VII, 2012.

Den werten Kollegen und Bekannten empfehle mein Beuthstr. 1 gelegenes Restaurant. Ausschank von Bayerischer Bier, heiß und dunkel. Gr. Mittagstisch. Jeden Freitag, Sonnabend, Sonntag und Montag: Künstler-Konzert. Vereinszimmer, 25 Personen lassend, vorhanden. 2364L\* Paul Reinhardt.

Restauration. Weiß- u. Banjisch-Bierlokal von Paul Litln, Warschauer-Strasse 61. Diverse Speisen. Gut gepflegte Biere. Zwei große Vereinszimmer, 30 und 70 Personen lassend. 23379\*

Köpenick, Grünauerstr. 70. H. Königs Restaurant mit Garten und Dampfer-Haltestelle hält sich bestens empfohlen. 2386\*

**Verband d. Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands (Ortsverwaltung Berlin).** Sonntag, den 6. Oktober cr., nachm. 5 Uhr, in Cobus Festhällen. Beuthstr. 19-20: 138/18 **Versammlung.** Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Heilmann über: Großbetrieb und Ueberbeerdigung. Verwaltungsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder. Um zahlreiche Erscheinen ersucht. Die Ortsverwaltung.

**Freireligiöse Gemeinde Berlin.** Sonnabend, 12. Oktober 1901, in den Andread-Festhällen, Andreadstraße 21: **Herbstvergnügen** bestehend in Konzert, Theater, Gesang und Tanz. Zur Aufführung gelangen: „Die Wünsche“ (lebende Bilder). - Programm (nach bei folgenden Komiteemitgliedern zu haben): D. Jänike Kirchner, Reuterstr. 21, G. 4 Tr. G. Bohne, Brunnenstr. 141, Hof 2 Tr. G. Göttsch, Mühlentstr. 49, v. 3 Tr. G. Schröder, Bahowerstr. 3 (im Laden) F. Braun, Bortelstr. 13, b. 3 Tr. G. Kubiak, Immannelstr. 38, G. 4 Tr. G. Dalbauer, Kranichstr. 36, Quergeb. 3 Tr. G. Kottow, Gohausstr. 5, Quergeb. 4 Tr. Frau Kahlhardt, Alexanderstr. 21, v. 4 Tr. Kowalewski, Bernauerstr. 79, v. 3 Tr. W. Korb, Teltowstr. 70, v. 4 Tr. - Außerdem in unsere Verkaufsstellen: W. Bömer, Ritterstr. 15, G. Bobbin, Kommandantenstr. 62, Hr. Schulz, Blumenstraße 14, F. Wolf, Bismilstr. 8, G. Wegel, Demminstr. 32, G. Riehm, Bernauerstr. 48, G. Berge, Kaderbakerstr. 48, Quergeb. 2 Tr. W. Wendt, Goltzowstr. 44, Quergeb. 3 Tr. H. Mohaupt, Müllstr. 153a, W. Krauß, Pappelallee 15-17, Lieburg, Urbanstr. 68, Th. Wegner, Stalperstr. 59, und bei unrem. Kassenboten G. Adler, Rheinbergstr. 92, 2 Tr. Programm a. 50 Pf. Anfang 8 Uhr. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. [9336] Das Komitee.

**„Messpalast“, Festsäle.** Alexandrinenstr. 110. Empfehle Säle verschiedener Größe und Vereinszimmer zu Festlichkeiten aller Art und Besammlungen. 4 Regelmäßig haben noch einige Tage zur Verfügung. Im Restaurant jeden Abend musikalische Unterhaltung. 23290\* Mittag- u. Abendbisch zu kleinen Preisen. Die Direktion.

**Berlins grösste Fischhandlung** empfiehlt von täglich frischem Fange und täglich frischer Zufuhr in Kühlwaggons frische, geräucherte und marinierte **Seefische** zu bekannt billigen Preisen. [2487L\*] Diese Woche: Schellfische in allen Größen 20-30 Pf. pro Pfd. Cabliau 25 Pf., im Anschnitt 30 Pf. Seelachs 20 Pf., 28 Pf. Rotzungen 40 Pf., Bratfandern 20 Pf. Schollen 40 Pf., Seehecht 35-30 Pf., Knurrhahn 25 Pf., Austernsch 30 Pf., Goldbars (a la Zander) 35 Pf., Heilbutt 55 Pf., Tharbutt 75-80 Pf., Steinbutt 130-150 Mk., Seezungen 1.00-1.60 Mk. pro Pfd. Lebende Hummern 2.20-2.30 M. pro Pfd. **Johs. Skorezyk** Generalvertreter der Deutschen Dampffischer-Gesellschaft „Nordsee“ Hauptfiliale Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10. II. Filiale: Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstrasse. III. Prinzenstrasse 30. IV. Nudaistr. 22, im Schloßischen Bahnhof.

**Berliner Pferde-Lotterie.** Ziehung in Berlin im Kaiserhof am 11. Oktober 1901. 3333 Gewinne Wert Mark **100000** Hauptgewinn: M. 10 000, 8000 etc. Lose à 1 Mark, II Lose = 10 Mark Porto u. Liste 20 Pf., versendet gegen Briefmarken oder Nachnahme **Carl Heintze, Berlin W.** Unter den Linden 3. [2371L\*]

**J. Brünn,** (Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4. Nach beendeter Guggros-Saison gelangen jetzt im Einzelverkauf große Eggerbestände meiner **Teppiche! Gardinen! Portieren! Steppdecken!** zu sehr billigen Preisen zum **Ansverkauf!!** Einzelne fehlerhafte Exemplare für die Hälfte des Wertes. 24932\*

**Köpenicker Gesellschaftshaus** Carl Seldel, Köpenick, Grünauerstraße 31. Empfehle meine Lokalitäten mit großem Saal und Garten, Regelmäßig und Kaffeehäuser auf dem Wege nach Grünau. - Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. 23852\*

# Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.  
Sonntag, den 6. Oktober, vormittags 10 Uhr:  
**Morgensprache d. Schraubendreher**  
bei Wenzel, Wrangelstraße 136.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
119/10

Die Ortsverwaltung.

## Berein der Bauanschläger

Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 6. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im Saal 1.  
des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Bericht der Lokalkommission und Verschiedenes.

Mitglieder werden aufgenommen. Mitgliedskarte legitimiert.  
Die Mitgliedschaft der Gelder von der Dampfer-Partie erfolgt  
bis 11 Uhr.  
34/19

Der Vorstand.

## Verband der Möbelpolierer.

Heute abend in Keller's Kaffeehaus, Köpenickerstr. 29:

## STIFTUNGSFEST

Auftreten des „Berliner III. Trio“. - Festrede, gehalten vom  
Kollegen G. Heuter. Während der Darbietung im kleinen Saal, nach  
diesem in beiden Sälen: TANZ.  
Billets, Herren a 50 Pf., Damen a 30 Pf. sind bei den bekannten  
Kollegen zu haben. Mitglieder, welche ihr in Ordnung befindliches Mit-  
gliedsbuch an der Kasse vorzeigen, brauchen für ihre Person kein Billet.

Montag, den 7. September, abends 8 1/2 Uhr, Hermannstr. 197:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen E. Warm über:  
„Die Gewerkschaften und die Gewerkschaften“. 2. Diskussion. 3. Ver-  
schiedenes.  
Die Kollegen von Nitzdorf werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.  
147/18

Der Vorstand.

### Achtung!

Sonntag, 6. Oktober, mittags 1 Uhr, bei Herrn Siebart,  
Rummelsburg, Hauptstr. 83:

## Oeffentliche Gewerkschafts-Versammlung für Rummelsburg und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Ströbig über: Der Streik der Glasfenstmacher,  
dessen Ende und Bedeutung für die Arbeiterbewegung. 2. Diskussion.  
3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Der Einsender.



Dieser moderne Hut in verschiedenen  
Farben kostet mit Kalbfutter 1,75 M.  
mit Allausfutter 2 M.



Dieser steife Hut  
kostet mit Futter 2 M.

### Oscar Arnold

Engros Hüte und Mützen Export

Pelzwaren

nur Dresdenstr. 116 (kein Laden)

Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen bei riesiger  
Auswahl in allen Formen und Qualitäten!

Sehr vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

# Milch

Milchkuranstalt

# Schweizerhof

in plombierten Flaschen . . . 1 Ltr. 20 Pf.  
Kindermilch . . . 1 Ltr. 35 und 50 Pf.

Inhaber: A. Zeitner

Berlin NW., Emdenerstr. 40/41.

Tel.: Amt II 2517.

Eigene Stallungen für 120 Kühe.

[2347L\*]

Specialität:

Prof. Gaertners Säuglingsmilch

trinkfertig und sterilisiert.

# VAN HOUTEN'S CACAO

enthält nach den Gutachten medizinischer  
Autoritäten ein Maximum-Gehalt an wert-  
vollen nahrhaften Bestandteilen, welche  
vom Körper gern aufgenommen und leicht  
verdaut werden.

In Berlin wird van Houtens Cacao tassenweise ausgeschenkt  
in van Houtens Cacao-Stube, Werderschestr. 7, in  
der Nähe von Gerson.

Cigarren billigste Bezugsquelle für Händler. Re-  
paraturen zc. Preisliste franco. [23432\*]  
H. Prouss, N., Schwimmstr. 68 I. Fabriklager.

## Brauerei Germania

Aktien-Gesellschaft  
Berlin O. 34

Frankfurter Allee 53  
Teleph. Amt VII 2645

empfiehlt für 1,50 frei Haus

- 18 Fl. 4/10 Lagerbier (23169\*)
- 15 Fl. 1/2 Lagerbier
- 15 Fl. 4/10 Pilsener Art
- 15 Fl. 4/10 Münchener Art
- 15 Fl. 00 Weissbier
- 20 Fl. Doppel-Weissbier.

Honig! Garant. unterfalscht.  
Bienenhonig verpackt  
9 Pf. netto zu 6,50 Pf., 5 Pf. netto  
4 Pf. Garat. fr. Nicht.

E. Reil, Nordloh,  
Bahnhof Auguststr.,  
Oldenburg.

Niedersch. Relief - Porträt, an-  
erkannt beste, a 1,50 Mark. Schiller,  
Oranienstr. 159. 8128\*

## Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Hercules tragen.  
Klein-Verlauf. Sehr starke Ware in  
praktischen grünen u. braunen Streifen.  
Damen u. vom am Bund aus einem  
Stück gearbeitet. Reithöhle u. Rapp-  
nähte. Beste Leder - Pilot - Taschen,  
Große Hüllen unjunkt. Die Hufe

bei Entnahme von 4 Mk. 50  
6 Stück 26 Mk.

Edel blaues Monteur-Jackett 1 Mk. 90  
Edel blaues Monteur-Jose . . . 1 Mk. 50  
Edel blaues Monteur-Jackett  
Prima Röper-Gewebe . . . 2 Mk. 50  
Edel blaues Monteur-Jose  
Prima Röper-Gewebe . . . 2 Mk. 10  
Prima Randscheit-Jose 9.-, 5,50, 4,25  
Gefüttert. Randscheit-Jackett 18.-, 9.-  
Operations-Randel f. Kerse  
4,75-3 Mk. 40  
Rater-Mittel . . . 3.-, 2,50, 2 Mk.  
Rechanifer-Mittel (braun) 3.-, 2 Mk. 40  
Weißes Leder-Jackett, zweifach  
gefüttert . . . 7 Mk. 50  
Weißes Lederhose, Prima Ware 3 Mk. 75

## Baer Sohn

En gros. Export. - En detail.  
Chausseest. 24a/25. Gräfrathstr. 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20.

Die 18. Preisliste der Saison 1901/1902  
über gesamte Herren- und Damen-Be-  
kleidung (Einlage 1 Million) wird  
kostenlos und portofrei zugesandt.  
Verlangt von 20 Mk. an franco. -  
Bei Bestellung genügt Angabe der  
Brust- u. Bundweite u. Schrittlänge.  
Obige Preise gelten für normale  
Größen. 24908\*

Rachdruck verboten!

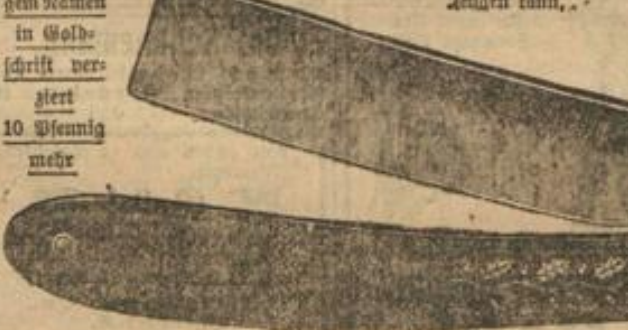
## Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.  
Haut- u. Harnleiden,  
Frauenkrankheiten,  
Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1, 4-7.

## Ganz umsonst und portofrei

28 verschiedene Nummern in Rasiermessern sowie große Auswahl in Rasiermessern,  
Gemäßen, Paß- und Wiegemessern, Uhren- und Goldstücken, Broschen, Ringen,  
Portemonnaies, Cigarettenstücken, Pfeifen, Spazierstöcken, Regenschirmen,  
Fensterputzern, Feldstechern, Schuß- und Stichtaschen, Wagen und sonstigen Schmutz  
und Haushaltungszubehör.

lann sich jeder von uns für entsprechenden Wert Waren erwerben.  
(Wir bitten selbige jedoch nicht mit Coupons oder Aufschneisen zu verschleusen.)  
Man verlange Prospektkatalog fürs Jahr 1901 nächst nächster Angabe eben-  
falls gratis u. franco. \* Derselbe enthält außer angeführter Rasiermesser noch  
Kameras, Uhren, Taschenuhren, Taschen, Taschenuhren, Pfeifen, Spazierstöcke,  
Regenschirme, Fensterputzer, Feldstecher, Schuß- und Stichtaschen, Wagen und sonstigen Schmutz  
und Haushaltungszubehör.



## Rasiermesser No. 64

für nur Mk. 2,00, 14 Tage zur Probe  
mit 5 Jahren Garantie, aus Silberstahl genau wie  
Belgium, fein hohl geschliffen, fertig zum  
Gebrauch, edel gearbeitet, mit halb-  
dicker unirtierter Gold-  
einlage, mit hoch-  
feinem Stahl.

Weder tote ein Stück nur gegen Nachn. Gebrüder Bell, Stahlwarenfabrik, Gräfrath Nr. 714  
Bitte genau auf unsere Firma zu achten. Begründet 1878. bei Solingen. Messer zu retourn.

# Möbel kauft man am Fabriklager des Tischlermeisters Julius Kiwy, Chausseest. 51.

## Kleine Anzeigen.

### Verkäufe.

Ein gutgehendes Restaurations-  
und Dekalationsgeschäft umhän-  
delbar billig zu verkaufen. In er-  
trauen Kaufzeit, Markstraße 47.  
Milchgeschäft-Einrichtungen, als  
Milchbüdel, Milchlammen, Milchhabe zc.  
billig bei Jordan, Kleine Mark-  
straße 28. 8048\*

Nähmaschinenlager ähnlicher  
Erlaube ohne Anzahlung. Woche 1,00  
Lieferung nach allen Stadtteilen so-  
fort, Vondbergstraße 82. 496\*

Kanarienhähne verkauft Krause,  
Weißelstraße 38, Quergebäude zwei  
Treppen. 477\*

Fahrräder. Jahresgarantie, 80,00.  
Schädel, Schmidtstraße 8. (71/54)

Vermischte Anzeigen.  
Vollfänger - Gesellschaft Veran-  
donnelt, Stellingenstraße 4. 477\*

Schlafstellen.  
Friedrichstraße 218, Quergebäude  
IV links, Schlafstelle, Gartenansicht.